

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inzerate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 2.

Sonnabend, den 12. Januar 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Geperret sind: Wolfshagen-Langelsheim a. S.: Die Brüche
Eichenberg und Westerberg. Firma Strube. Jena: Granit-
betrieb, Conradus. Lutter a. B.: Garzer Sandsteinbrüche.
Oldenburg: Firma Högl (für Marmorwerkzeuge).

Zu schliesslichen Sandsteindistrikten ist seitens der Unter-
nehmer der bestehende Lohnsatz gekündigt. Folgende Orte
kommen in Betracht: Bunzlau, Warthau, Plagwitz-
Löwenberg, Radwitz, Kesselsdorf, Hohenau, Deut-
mannsdorf und Breslau.

Zur Beachtung. An verschiedenen Orten befinden sich
unser Kollegen in Tarifverhandlungen bzw. in Lohnbewegungen.
Es ist nun unmöglich, auch nicht angebracht, alle diese Orte
zu publizieren. Unseren reisenden Kollegen ist deshalb dringend
anzuraten, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich jedesmal bei
der örtlichen Verwaltung zu erkundigen. An jedem Ort muß
dieses beachtet werden.

Die Ausgebeuteten.

ap. Der Kampf gegen die Ausbeutung kann nur von
den Ausgebeuteten selbst geführt werden. Mögen auch
dann und wann einzelne Mitglieder der ausbeutenden
Klassen, durch Mitleid oder durch eine tiefere Einsicht in
die künftige Entwicklung getrieben, die Ausgebeuteten
unterstützen, so werden es doch immer Ausnahmen bleiben.
Freiwillig verzichtet keine Ausbeuterklasse auf ihre
Vorrechte; sie muß dazu gezwungen werden durch die vereinigte,
organisierte Macht der ausgebeuteten Klassen. Jede
Klasse handelt, mag sie auch zuerst gewisse Vorurteile über-
winden müssen, schließlich nach den Geboten ihres Klassen-
interesses.

Deshalb lohnt es sich, zu unteruchen, welche Klassen
alle zu den Ausgebeuteten zu zählen sind, denn diese werden,
mag es auch zuerst Mühe kosten, sie zu gewinnen, doch
schließlich alle unsere Ziele und unsere Partei anhängen.
Dann wird es sich zugleich herausstellen, weshalb sie sich
nicht alle sofort in der nämlichen Weise an dem Kampf be-
tätigen können.

In der Vorhut der ganzen ausgebeuteten Masse steht
die industrielle Lohnarbeiterschaft; sie ist an diese Stelle
gedrängt nicht nur durch ihre überwiegende Anzahl, son-
dern auch durch die geistigen und sittlichen Qualitäten, die
ihre besondere Stellung im Produktionsprozess ihnen ver-
leihen. Die Entwicklung des Kapitalismus ist in erster
Linie die Entwicklung des industriellen Kapitalismus; in
die Industrie werden durch fortwährende Verbesserungen
der Technik immer bessere, größere und kostspieligere Ma-
schinen eingeführt, wozu immer größere Kapitalien nötig
sind. Durch die Konkurrenz ihrer produktiveren Arbeits-
methoden rennt die Großindustrie den Kleinbetrieb über
den Haufen und stürzt die kleinen Besitzer in das Proletariat
hinab; und durch den immer wachsenden Umfang
ihrer Betriebe werden stets größere Arbeitermassen in den
Fabriken zusammengebracht. Das industrielle Kapital
tritt revolutionär auf; es hat in einer kurzen Zeit in zu-
vor unglücklicher Weise das Antlitz der Erde umgewälzt;
es hat staunenerregende Wunder erschaffen und alle
Lebensverhältnisse im tiefsten Grunde umgekehrt.

Inmitten dieser rastlosen revolutionären Tätigkeit
leben die Lohnarbeiter. Sie haben bald erkannt, daß
gegenüber diesen gigantischen Produktionskräften alles
Zurückgehen nach der Unabhängigkeit des Kleinbetriebs,
wo jeder seine eigenen Produktionsmittel besaß, be-
schränkte Torheit ist. Sie sind Proletariat, und sie wer-
den es bleiben; eine andere Möglichkeit zu einer aus-
reichenden Existenz gibt es für sie nicht. Sie haben nur
ihre Arbeitskraft zum Verkaufen, sie müssen sich zufrieden
geben mit einem notdürftigen, zur Existenz eben aus-
reichenden Lohn, ohne Aussicht, durch Ersparnisse sich selbst
jemals wieder eigene Arbeitsmittel zu verschaffen. Zwar
wächst das Produkt ihrer Arbeit riesenhaft in dem Maße,
wie sich die Produktivität der Arbeit entwickelt; aber diese
Vermehrung kommt nur der Kapitalistenklasse zugute,
die sich den Ueberfluß des Arbeitsprodukts über den
Lohn aneignet. Die Kapitalistenklasse wird daher stets
reicher, während die Arbeiterklasse immer besitzlos bleibt.
Zwar kann sie durch ihren Zusammenschluß allmählich
Lohnerhöhungen erringen, aber dem steht das fort-
währende Streben der Kapitalisten gegenüber, zur Er-
höhung ihres Profits die Löhne zu drücken.

Dieser Zusammenschluß hat aber eine weit wichtigere
Folge noch, als die unmittelbaren Verbesserungen, die er
erzient. Er lehrt die Arbeiterklasse zum erstenmal ihre
Kraft kennen. Die Arbeiter leben massenhaft in genau
den nämlichen Umständen zusammen; sie empfinden bald,
daß sie nicht vereinzelt, sondern nur gemeinsam etwas er-
reichen können, und daß nur das Eintreten jedes einzelnen
für ihr Gemeininteresse ihren Kraft gibt. So erwacht
die Organisation, die Disziplin. Und zugleich erwacht
auch aus ihrer gemeinsamen Arbeit ein neues Ideal. Sie
arbeiten mit den Maschinen, aus ihrer gemeinsamen

Tätigkeit besteht die ganze Produktion, während der
Kapitalist nur als nutzloser Ausbeuter erscheint; deshalb
muß ihr Ideal sein, die hochentwickelte Produktion bei-
zubehalten und nur ihre Ausbeuter los zu werden. Die
Verfügung über die Produktionsmittel macht die Menschen
frei; sie sehen jedoch, daß es Wahnsinn wäre, auf die
Kraft dieser eisernen Diener zu verzichten, und jeder
für sich zu den primitiven Werkzeugen der Väter zurück-
zukehren. Nein, über diese großen leistungsfähigen Pro-
duktionsmittel wollen sie frei verfügen können; die ge-
meinschaftliche Besitzergreifung der Maschinen und die ge-
meinsame, gesellschaftliche Arbeit wird ihr Ziel sein.

Der industrielle Arbeiter jammert nicht über den ihn
ausbeutenden Kapitalismus, weil er in ihm zugleich die
große fortschrittliche Kraft erkennt, die ihm den Weg vor-
wärts zeigt. Er lernt durch die Praxis seiner Arbeit jene
Macht handgreiflich kennen, durch die der Mensch sich zur
Herrschaft über die Natur emporringt. Und das Zu-
sammenleben und Zusammenwirken lehrt ihn die Kraft
der Organisation kennen, die allein in der Lage ist, den
Kampf gegen die Ausbeutung erfolgreich aufzunehmen.
Durch diese Ursachen steht das industrielle Proletariat
vorne im Kampfe.

Aber es bildet nicht die einzige ausgebeutete Klasse.
Das Kapital hat sich nicht darauf beschränkt, die Groß-
industrie zu schaffen und die Kleinbürger zu vernichten;
es tritt auch in die Landwirtschaft ein und nimmt dort
ganz besondere Formen an, die man hier zum Teil in der
Industrie wiederfindet. Wo es als Betriebskapital in
eine große landwirtschaftliche Unternehmung gesteckt wird,
ist seine Werbung kaum anders als in der Industrie. Es
beutet Lohnarbeiter aus und erzeugt aus ihrer Arbeit
Mehrwert für den Unternehmer und für die Kapitalisten,
die hinter dem Unternehmer stehen. Der Unterschied ist,
daß die Landarbeiter zerstreut leben, in isolierten Dörfern,
wo die gewaltige Umwälzung, der Welt nicht sichtbar ist,
wo die Mittel zur Hebung des Geistes dürftig sind und
deshalb die überkommenen Vorurteile stärker. Deshalb
entsteht der sozialistische Gedanke nicht in diesen Kreisen;
er muß ihnen vielmehr gebracht werden. Da aber der
Landarbeiter durch seine Lage sich völlig als Proletariat
fühlt, wird er unserer Propaganda keine andern Interessen
entgegensetzen, und wenn er unsere Ansichten allmählich
verstanden hat, wird er ein treuer und begeisterter An-
hänger des Sozialismus werden. Die Erfolge unserer
Propaganda unter den Landarbeitern zeigen, daß es hier
langsam, aber sicher vorwärts geht.

Ganz anders tritt das Kapital auf, wo es, in der Regel
als Handelskapital, mit den Kleinbürgerlichen und Klein-
bäuerlichen Wirtschaften sich berührt. Wird der Klein-
bauer in den Kreis der Geldwirtschaft gezogen — für
Steuern, Pachtzahlungen und den Ankauf allerhand
Artikel braucht er Geld — muß er also sein Produkt ver-
kaufen, so ist er von allen Schwankungen des Markt-
preises abhängig und die Rückständigkeit seiner Betriebs-
weise und die Beschränktheit seiner Verhältnisse stellen ihn
meist in Nachteil gegenüber dem Großbetriebe. Er muß
Kapital leihen, entweder für Verbesserung des Betriebes,
oder für Ausdehnung, oder für den Ankauf; er nimmt
Hypothek auf sein Gut; aber damit hat er nicht die
Wohlfahrt gekauft. Und da von dem Ertrag seiner Wirt-
schaft zuerst unbedingt die Zinsen bezahlt werden müssen,
wenn ihm nicht seine Habe, mit der seine ganze Seele ver-
wachsen ist, verkauft und abgenommen werden soll — so
muß er sich in seinen Ausgaben beschränken. So entsteht
das Bild des Kleinbauern, so wie es so oft durch Augen-
zeugen geschildert worden ist: furchtbare Abdrückung
seiner selbst und seiner Familie, unendlich lange Arbeits-
zeit, äußerste Beschränkung der Lebenshaltung, wodurch
er viel schlechter lebt als sogar die Tagelöhner, völlige
geistige Barbarei. Nur dadurch kann er sich halten. Im
allgemeinen sind dies ja die Mittel, durch die der kon-
kurrenzunfähige Kleinbetrieb sich eine Zeitlang über
Wasser halten kann.

Ein solcher Bauer lebt in den nämlichen Umständen
wie ein durch Schulden gedrückter Kleiner Handwerker,
oder gar wie ein Hausindustrieller. Er wird auch vom
Kapital ausgebeutet, denn das Kapital nimmt — hier in
Gestalt von Zins — den Mehrertrag seiner Arbeit weg
und läßt ihm nur den dürftigsten Lebensunterhalt. Diese
Leute gehören ebenfalls zu der ausgebeuteten Klasse, die
Interesse daran hat, gegen das Kapital anzukämpfen.

Allerdings bewirken ihre besondern Lebensumstände
eine besondere Auffassung des Kampfes. In diesen Klein-
bürgerlichen Schichten findet die Lösung der Rückkehr zum
Kleinbetriebe, d. h. die Wiederherstellung des blühenden
Kleinbetriebs unter Händigung des Kapitals starken
Widerhall. Man redet oft davon, daß der „Eigentums-
fanatismus“ und die „Beschränktheit“ dieser Schichten der
sozialdemokratischen Agitation im Wege stehen; man soll
dabei jedoch bedenken, daß diese geistigen Mächte nur sehr
natürliche Verhältnisse widerspiegeln. Einem solchen
Bauer tritt das Kapital nicht als fortschrittliche, sondern
nur als verheerende Macht gegenüber. Es proletariert
ihn, nicht indem es ihn aus seiner traurigen Produktion
hinauswirft, sondern durch noch tiefere Herabdrückung
seines Betriebes. Spricht man ihm von Kapital, so denkt

er an Wucher; spricht man ihm vom Kampfe gegen das
Kapital, dann kann ihm gar nicht einfallen, daß man über
die Förderung einer höheren Produktionsweise spricht,
sondern er denkt, daß man ihn von dem Vampyr, der ihm
auf dem Nacken sitzt, befreien will. Kapital ist für ihn
nicht die hochentwickelte, produktivere Wirtschaft eines
großen Nachbarn, sondern der Wucherer und die Bank in
der Stadt, die ihn ausfaugen.

Seine reaktionären Ideale einer Abschaffung der
Kapitalherrschaft, die ihn einmal den Antisemiten zur
Beute fallen ließen, entspringen also nicht in erster Linie
einem geheimnisvollen „Eigentumsfanatismus“, sondern
der besonderen Form, unter der er das Kapital kennen ge-
lernt hat. Wollen wir also diese Ausgebeuteten zu An-
hängern der Sozialdemokratie machen, so gibt es keinen
andern Weg, als auch ihnen den wirklichen industriellen
Kapitalismus vorzuführen, mit seinen fortschrittlichen
Tendenzen. Ihnen muß gezeigt werden, wie diese Form
des Kapitals, die großen Maschinen, keine Rückkehr zum
Kleinbetrieb zuläßt, aber dafür jedem eine weit bessere
Existenz für die Zukunft ermöglicht. Dies ist eine schwere
Arbeit, weil immer das selbsterlebte unendlich viel
mächtiger wirkt, als das nur theoretisch gehörte. Deshalb
ist die Ausbreitung der Industrie über das flache Land
und die Ausbreitung der Verkehrslinien für den Fort-
schritt unserer Ideen auf dem Lande bedeutender als hun-
dert Agitationsreden.

Obgleich also die Interessen aller Ausgebeuteten zu-
sammengehen gegen die besitzende Klasse, bringen die ver-
schiedenen Formen der Ausbeutung es mit sich, daß einige
Klassen unter ihnen nur sehr schwer und langsam an
einem revolutionären Kampfe sich betätigen können. Das
industrielle Proletariat, das numerisch die andern weit
überwiegt, steht auch durch seine ökonomische Stellung
allererst und voran im Kampfe; ihm schließen sich die an-
dern Ausgebeuteten erst allmählich an.

Das häusliche Glück.

Im Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker lesen
wir:

„Die Arbeiterfrauen können nicht wirtschaften!“ Wie
oft haben diejenigen, „die es wissen“, unseren Frauen
dies beschämende Zeugnis ausgestellt! Bei Lohnforde-
rungen und beim Streben nach Erhöhung des Einkom-
mens muß die angeblich unrationelle Wirtschaftsführung
der Hausfrauen besonders herhalten. Und wie sieht es
fast durchweg in der tagtäglichen Wirklichkeit aus? Nur
ein Bravo! kann die Antwort sein für die Frauen, die bei
der heutigen Teuerung dem Kochtopfe noch so eben die
Sättigung für die Familie abringen.

Um so verwunderlicher erscheint uns die Sparagnes
von Wiesdorf, die in der Beilage zu Nr. 44 der Wert-
meister-Zeitung einen Wochenküchenzettel, für vier Per-
sonen berechnet, offeriert, der wohl seinesgleichen, was
„Wohlfühlheit“ anlangt, nicht finden dürfte. Die Kollegen-
schaft, namentlich aber unsere Frauen, dürfte ein kurzes
Vertrautmachen mit dem Küchenszettel, der ein „kräftiges“
Essen für vier Personen vorsieht, gewiß interessieren.
Lassen wir also die Sparagnes (Gilde Freiberg) einmal
eine Mittags- und einige Abendmahlzeiten auftragen und
vernehmen wir gleichzeitig die „Menükosten“:

Dienstag (Mittagsmahlzeit):

Gemüsesuppe, Reibekuchen und Obst.	
Fett, 2 Eßlöffel Mehl, 2 Liter Wasser . . .	5 Pfg.
1 Zwiebel, Suppengrün . . .	3 „
Allerlei Gemüse, 1 Eßlöffel Salz . . .	10 1/4 „
1 Brise Mustard, 1 Pfund Kartoffeln . . .	4 1/4 „
3 Pfund Kartoffeln, 1 Eßlöffel Salz . . .	12 1/4 „
2 Eßlöffel Mehl, 1/4 Liter Butteröl . . .	18 „
1 Pfund Pflaumen, 6 Eßlöffel Zucker . . .	12 „
64 3/4 Pfg.	

Guten Appetit, ihr vier Personen zu dieser „kräfti-
gen“ Mahlzeit, die z. B. ganze 5 Pfg. für Fett einschließ-
lich Mehl spendiert! Im übrigen mag ein jeder selbst die
„Berechnung“ der Sparagnes nachprüfen. Kopfschütteln
und Lachen dürfte wohl anhalten bis zur

Abendmahlzeit:

Kakao, Butterbrot mit Wurst (vier Personen).	
30 Gramm Kakao, 10 Gramm Mehl . . .	8 1/2 Pfg.
50 Gramm Zucker, 1/2 Liter Milch, 1/4 Liter Wasser . . .	14 „
Brot, Butter und Wurst . . .	15 „
37 1/2 Pfg.	

Schade, daß die Gilde in der Wertmeister-Zeitung
nicht verrät, wo die Butter herkommt und ob der Wurst-
fabrikant etwa ein Guseisen im Wappen
führt. Aber ein gutes Abendessen für 37 1/2 Pfg. für
vier Personen ist eigentlich etwas zu üppig; Sparagnes
„ernährt“ noch weit billiger. Hier einige Proben:

Abendbrot für Freitag:

Gebrannte Mehlsuppe, weißer Käse und Kartoffeln.	
125 Gramm Mehl, 60 Gramm Fett, Wasser . . .	11 Pfg.
250 Gramm Weichkäse, etwas Zwiebel . . .	10 „
2 Pfund Kartoffeln . . .	8 „
29 Pfg.	

Nachdem unsere vier Personen diese gediegene Mahl-
zeit den Weg alles Irdischen haben wandern lassen (ohne

weitere Leibschmerzen), freuen sie sich auf den Sonnabend, denn am Lohnstage serviert Gilde eine besonders gute Kost, sogar 1 Pfund Kartoffeln sieht das Menü an diesem Abende mehr vor. So, wie das duftet: Kartoffelsalat mit Schwarzmagen! Kostpunkt für unsere vier Appetitbegünstigten wie folgt:

3 Pfund Kartoffeln, Salz und Pfeffer . . . 12 1/2 Pfg.
4 Eßlöffel Del, 3 Eßlöffel Essig, Zwiebel . . . 9 "
Schwarzmagen (für vier hungrige Mäuler!) . . . 10 "
31 1/2 Pfg.

Vernehmen wir aber noch, was die Frauenrechnerin aus Wiesdorf für den Sonntag Abend für des Leibes Notdurft vorgelesen hat. Wie der Mund wässert! Aufgetischt wird:

Bratkartoffeln, Spiegeleier und Tee.

2 Pfund Kartoffeln, 25 Gramm Speck . . . 10 1/2 Pfg.
1 Teelöffel Salz . . . 1/2 "
4 Eier . . . 24 "
1 Prise Salz, 20 Gramm Fett . . . 2 "
10 Gramm Tee, 3 Liter Wasser . . . 5 "
42 Pfg.

Den Zucker zum Tee hat Gilde vergessen; die Eier kauft sie besonders billig usw. usw. Feuerung hat die Dame anscheinend zum Herstellen der Speisen nicht nötig. Man ist versucht, eine Satire zu schreiben, doch die Sache hat eine zu ernste Seite. Daß die Werkmeister-Zeitung sich als Ablagerungsstätte dieses hochsprechenden Ergrusses der Gilde Freiberg hergab, ist wirklich ganz unverständlich; oder glaubt deren Redaktion mit der Veröffentlichung der Rezepte dem „häuslichen Glücke“ zu dienen? Mit derartigen Rezepten haben schon andere Kreise glänzend Fiasko gemacht, was die Werkmeister-Zeitung wissen dürfte.

Soweit die Auslassungen des Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker.

Weil aber momentan die bürgerlichen Parteien einen so ungeheuren Stimmenfang treiben, um die Arbeiter zu fördern, geben wir denn auch den Speisetzettel eines alten Kriegsveteranen wieder.

In einer Broschüre des Reichstagskandidaten Paul Göhre, betitelt: Die Heimarbeit im Erzgebirge und ihre Wirkungen, wird der Speisetzettel eines Hauswebers aus Hohenstein mitgeteilt, der den Feldzug von 1870 mitgemacht hat und jetzt mit seiner Frau ein Jahreseinkommen von 300 Mk. erzielt. Hier ist dieses Dokument moderner christlicher Kultur:

Sonntags mittags: Pferdefleischbisteff (1/2 Pfd.) mit Kartoffeln.
Montags " " Hering (einer) und ganze Kartoffeln.
Dienstags " " Pferdefleischbisteff (1/2 Pfd.) mit getrockneten Bohnen (für 10 Pfg.) und Kartoffeln.
Mittwochs " " Hering (einer) mit Kartoffelbrei.
Donnerstags " " Rindfleisch (für 20 Pfg.) und 1/2 Pfd. Rübelen.
Freitags " " 1/2 Pfd. Dörrgemüse (sogen. Leipziger Allerlei) mit Talg angemacht, dazu Kartoffelstückchen.
Sonnabends " " Kartoffelsuppe.
Erstes Frühstück: Kaffee, trockenes Brot.
Zweites " " fällt der Ersparnis halber aus.
Abendbrot: Kaffee, trockenes Brot, (Tagas, tagetin), Kaffee, trockenes Brot, ab und zu ein Stück Bierdewurst oder für drei Pfennige Käse dazu.

Diesem Dokumente menschlichen Elends sei eine Speisekarte gegenübergestellt, die die Tägliche Rundschau, das Magenblatt der evangelischen Pastoren, die ein tieferes Verständnis für das leibliche Wohlergehen der Menschen haben als ihr großer Meister aus Nazareth, ihren Lesern aufstischt. Das genannte Blatt bringt die Zusammenstellung des Dinners, das die Gäste des derzeitigen obersten Kriegsherrn auf dem Schiffe Hamburg eingenommen haben. Es enthielt:

Kalte Bouillon, Seesunge, Schinken in Burgunder, Louloufer Entenleber in Aspik, Kapau mit Früchten und Salat, frische Pringelbohnen, Fürst Pückler-Eis und Nachtisch.

Daraus ergibt sich, daß der deutsche Arbeiter die volle Kompottschüssel, die ihm der Kaiser zugeprochen hat, durchaus nicht entbehrt. Allerdings darf er sich nicht mit Weberei und Schneiderei beschäftigen, sondern muß ein Handwerk ausüben, das ihn in die Nähe des Thrones führt. In diesen Kreisen ist man auch trotz der hohen Fleischpreise scheinbar noch ganz gut und braucht selbst in Zeiten der Krankheit und Invalidität nicht zu darben oder zum Strich zu greifen. Dort herrscht auch noch edele Vaterlandsliebe und fromme Sitte, sowie der Glaube an die göttliche Weltordnung, woran der gottlose Arbeiter zuweilen zweifelt und daher durch Kostentziehung zur Erkenntnis gebracht wird.

Wir müssen gestehen, wenn die Arbeiterschaft mit so minimalen Essensrationen vorlieb nehmen könnte, daß dann diejenigen Recht hätten, die sagen, der Arbeiter kann noch sparen. Ein ausgemergelter Körper kann aber nicht das geringste leisten.

Die Geistlichen, gleichgültig welcher Konfession, die gern Sparbarkeit predigen, können aber selbst einen guten Hapen vertragen, wie nachstehender Speisetzettel zeigt:

„Das tue ich für euch alle!“ sagte der hohe Klerus in Sildesheim, da vertilgte er zusammen mit den irdischen Spitzen zur Bischofswahl dieses Menü:
Malajolli-Kaviar — Sekt.
Klare Schildkrötensuppe — Chery.
Rastkall garniert — Champagner und Rotwein.
Bachforelle — Mosel.
Spargel mit Lammfoteletten — Rauenthaler Auslese.
Hummer — Rauenthaler Auslese.
Französische Boullarden — Rotwein.
Nachtisch: Eis, Käse, Sekt, Liköre, Mokka.

Dieses fromme Gedeck kostete mit Getränken bloß die Kleinigkeit von 20 Mk. Jeder einzelne aus dieser gut essenden und trinkenden Schaar heiliger Männer hat sich das Wohl also den Wochenverdienst eines ziemlich gut entlohnten Arbeiters kosten lassen.

Die Domherren scheinen auf eine sehr gute Küche zu halten, und auch sie wissen, daß ein knurrender Magen ebenfalls ein Umstürzler ist. Schon Seine wußte es, indem er dichtete:

Heut helfen euch nicht die Wortgespinste
Der abgelebten Redekünste.
Man frängt nicht Matten mit Syllogismen
Sie springen über die feinsten Sophismen.
Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogit mit Knödelgründen,
Nur Argumente von Kinderbraten,
Begleitet von Jättinger Würstgäthen.

Ein schweigender Stockfisch in Butter gesotten,
Behaget den radikalen Rotten
Viel besser, als ein Mirabeau
Und alle Redner seit Cicero.

Ein Mahnwort des Kaisers.

Am Tage nach der Reichstagsauflösung besuchte Wilhelm II. das adelige Damenstift in Oberhausen und fand, daß die dort residierenden Junkerstöchter sehr vorzüglich untergebracht seien. Der Anblick der wohlbestellten Küche besonders schien den Monarchen sehr nachdenklich zu machen; denn er meinte:

Wenn in allen Küchen so gut gekocht würde, dann dürfte die Stimmung im Lande auch eine bessere sein; denn Küche und Tisch machen viel aus. Gutes Essen trägt viel bei zur allgemeinen Zufriedenheit.

Diese Auslassungen sind sicherlich nicht ganz unzutreffend.

Christliche Konfusionsräte.

Anlässlich der Reichstagswahl richten wir an die Kollegen die Bitte, getreu unserm Programm die Erörterung jeglicher parteipolitischer Fragen in den Versammlungen, falls solche angeknüpft werden sollten, strikte zu vermeiden. Der Verband ist keine politische, sondern eine wirtschaftliche Organisation. Dagegen wird die politische Betätigung der Kollegen innerhalb der ihnen zugehenden Parteien dringend gewünscht. Jedoch geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß die Kollegen jegliche Schärfe, die geeignet sein könnte, unsere Einigkeit im Verbandsleben zu stören, eifrig vermeiden, daß sie insbesondere nachdrücklich gegen jede konfessionelle Hege im Wahlkampf protestieren.

Die Verbandsleitung des christlichen Hilfsarbeiterverbandes.

Die Reichstagswahl macht den christlichen Gewerkschaftsführern arges Kopfschmerzen; zwei Momente kommen in Frage, welche den Notstärkern wie Blei im Magen liegen. Im Zentrumsklager will man von Arbeiterkandidaturen absolut nichts wissen; nur hier und da kann eine christliche „Gewerkschaftsleuchte“ auf Gnade bei den Zentrumsmachern rechnen, als Durchfallskandidat figurieren zu können. Weiter finden die christlichen Gewerkschaftsführer nach einem Rezept, um ihren Verbandsmitgliedern mündgerecht darlegen zu können, wie die so oft gepriesene „Neutralität“ nicht verletzt werden soll, andererseits die christlichen Gewerkschafter aber doch blinlings dem volksverräterischen Zentrum, dem Gehorjam nicht versagen.

Das Epigramm an der Spitze dieser Zeilen stand in dem Organ für „Wahrheit und Recht“, der iatfam bekannten Gewerkschaftsstimme in Nr. 1.

Den Schächeln im Hilfsarbeiterverband wird auf Seite 1 „strengste“ Neutralität empfohlen; „unterm Strich“, auf Seite 2 und 3 stellt ein „sehr“ geistreicher Plauderer — der seinen Lesern zum „Einschlafen“ von Zeit zu Zeit sein Kauderwelsch serviert — die graufingigen Taten der Sozialdemokratie in den schillerndsten Farben dar. Doch zur Erheiterung unserer Leser lassen wir „Lupus“, so zeichnet der leichteste Schwäger, selbst mit feinem öden Gewäsch auf der Bildfläche erscheinen:

Für uns christliche Arbeiter kommen selbstredend nur christlich denkende Parteien in Frage, die die gegenwärtige Staatsform anerkennen. Die Sozialdemokratie, die als grundsätzliche Oppositionspartei alle Unzufriedenen an sich reißt, scheidet für den christlichen Arbeiter naturgemäß aus. Sie scheidet auch für jeden vernünftigen Arbeiter aus, da sie bisher alle Arbeiterschutzesetze, die nach langen, harten Kämpfen der Regierung abgerungen wurden, niederzukommen suchte.

Aller Voraussicht nach werden die geschworenen Staatsfeinde, die Sozialdemokraten, den Hauptgewinn aus der Wahl haben, und würde damit der Wunsch der Regierung nicht in Erfüllung gehen. In dessen gehen wir aber auch, wie sämtliche Parteien — außer Zentrum und Polen — sich gegenseitig Treue im Kampfe schwören. Man will um jeden Preis eine der Regierung genehme Mehrheit schaffen.

Eine solche aber würde für uns Arbeiter den Stillstand jeglicher sozialen Gesetzgebung bedeuten. Die deutsche Arbeiterschaft nennt den vergangenen Reichstag ein „Klassenparlament“. Der kommende Reichstag mit einer „Blod“-Mehrheit, die aus Liberalen, Freisinn, Antisemiten, Konservativen und wie die bunte Gesellschaft heißen mag, bestehen würde, würde ein „Klassenparlament“ werden genau so wie es der preussische Landtag ist. Das Reichstagswahlrecht wird sicher einer „Revision“ unterzogen werden, um für die Zukunft die Arbeiterschaft gänzlich auszuschalten. Auch das Koalitionsrecht, auf Grund dessen wir heute in unseren Gewerkschaften überall Erfolge erringen und Anerkennung und Gleichberechtigung erkämpfen, wird bald verschwunden sein.

Im Jahre 1898 legte die Regierung dem Reichstage das bekannte Zuchtgesetz vor. Der damalige Reichstag lehnte unter Führung des Abg. Müller-Julda (Natürlich war es ein Zentrumsmann. Red. d. Steinarb.) das Gesetz ab gegen die Stimmen der Konservativen, Liberalen und einiger anderer kleiner Gruppen.

Aus diesen Auslassungen ersehen nun unsere Leser selbst, wie verlogen die „Gewerkschaftsstimme“ operiert. Die Parole der Verbandsleitung und die Auslassungen des famosen „Lupus“ passen zusammen wie die Faust aufs Auge. Die Gewerkschaftsstimme hat das Rezept in ihrer Herenküche zusammengebracht, wie mit den christlichen Gewerkschaftsmitgliedern Schindluder getrieben werden kann. Die Sozialdemokratie wird vom „biederem“ Lupus vermöbelt. Mit Ausnahme des „Zentrums und der Polen“ taugen auch die übrigen bürgerlichen Parteien keinen Deut.

Leser des Steinarbeiter, merkt ihr es, auf welches Ziel die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften ihre politische Tätigkeit zu richten haben? Aufs — Zentrum; die Polen sind nur so im Vorbeigehen genannt, aber auch diese braucht in Rheinland und Westfalen die in der Klemme sitzende Zentrumsparthei.

Die Erklärung des Verbandsvorstandes der „christlichen Hilfsarbeiter“ muß, wenn wir die Auslassungen des Herrn Lupus betrachten, als ein recht plumpe Manöver bezeichnet werden.

Wir fragen unwillkürlich, hat denn die verantwortliche Redaktion geschlafen, als in ein und derselben Nummer ein so großer Widerspruch, den wir mit Freuden fest-

nageln wollen, Aufnahme in der „Gewerkschaftsstimme“ finden konnte. Die Leser des soeben genannten Blattes müssen von der „genialen“ Redaktion bezüglich der geistigen Urteilsfähigkeit sehr tief eingeschätzt werden!

Wenn sich die Leser der „Gewerkschaftsstimme“ das gefallen lassen, ist das ihre Sache.

Die Presse der freien Gewerkschaften hat, das betonen wir, selbstverständlich offen Stellung für die Sozialdemokratie genommen. Auch wir haben das getan, was die Zentrumspresse ausdrücklich konstatieren zu müssen glaubt, mit dem Bemerkten, da sehe man wieder, daß Partei und Gewerkschaften eins sind. Das stimmt! Sie sind eins, besonders auch in diesem Wahlkampfe; mindestens so eins, wie sogenannte christliche Gewerkschaften mit dem Zentrum es sind. So wird der kölnischen Volkszeitung aus Düsseldorf geschrieben:

„Eine zahlreiche besuchte Versammlung christlicher Arbeiterführer, die auf dem Boden der Zentrumsparthei stehen, tagte hier. In fünfstündiger Beratung wurde die gegenwärtige politische Lage besprochen und zur bevorstehenden Reichstagswahl Stellung genommen. Einmütig gelangte man zu dem Ergebnis, daß bei dem diesmaligen Wahlkampfe alles aufgegeben werden müsse, damit auch im neuen Reichstage die Zentrumsparthei mindestens wieder die seitherigen Plätze besetze.“

Und das nennt man nach „christlicher Wahrheitsart“ gewerkschaftliche Neutralität. Die Firma Schwindelmeier u. Komp. versteht es famos, das Volk zu betrügen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die letzte Diskonterhöhung. — Die 2. und 3. Dezemberwoche für die Reichsbank. — Das abweichende Bild Frankreichs, Goldprämien gegen das Ausland? — Hemmung der Kursstreberei an der Börse.

Am 18. Dezember hat die Reichsbank in der Tat ihren Diskont von 6 auf 7 Prozent erhöht. Und wer weiß, ob trotzdem die Verlegenheiten unserer deutschen Zentralnotenbank nicht noch weiter gewachsen sein würden, wenn England nicht an seinem Bankfuß von 6 Prozent hätte festhalten können, was hauptsächlich durch französische Anleihe ermöglicht wurde. In der beschließenden Sitzung des Berliner Zentralausschusses führte Dr. Koch aus: die Lage der Bank sei Mitte Dezember noch niemals so schwach gewesen wie im laufenden Jahre; statt der um diese Zeit gewohnten steuerfreien Notenreserve habe sich vorzeitig bereits ein steuerpflichtiger Notenumsatz von 99,19 Millionen Mark herausgebildet; noch 1905 habe die Notenbedeckung in der gleichen Periode 64,9 Prozent betragen, jetzt sei sie auf 53,6 Prozent herabgefallen.

Diese Angaben beruhen auf der Wochenübersicht vom 15. Dezember. Für die dritte Dezemberwoche kann nach vieljähriger alter Erfahrung eine Verschlechterung des Standes als normal gelten, weil alsdann schon die allseitigen Vorbereitungen für die Zahlungshäufungen am Jahresabschluss beginnen, um in der letzten Dezemberwoche ihren Gipfelpunkt zu erreichen. Abermals überbot darin die diesjährige dritte Dezemberwoche ihre Vorgänger. Am 22. Dezember 1906 befand sich die Bank mit 191,8 Millionen Mark in der Steuerpflicht, während vor Jahresfrist noch immer 397 000 Mark und vor zwei Jahren gar 187,5 Millionen Mark steuerfrei waren. Die Schwächung des Status berechnete sich in der dritten Dezemberwoche 1906 auf 92,61 Millionen Mark, dagegen 1905 nur auf 54 Millionen Mark und 1904 auf 72,7 Millionen Mark. Nur die Lombardierungen wurden durch den hohen Diskont etwas eingeschränkt (am 22. Dezember 8,2 Millionen Mark weniger wie am 15. Dezember), die Wechselanlage stieg weiter in der dritten Dezemberwoche um 78,8 Millionen Mark (entsprechend 1905 um 76,5 Millionen Mark, 1904 um 36,6 Millionen Mark, 1903 um 56 Millionen Mark). Während man Ende der dritten Dezemberwoche 1905 einen Metallvorrat besaß von 886,9 Millionen Mark, 1904 von 1014 Millionen Mark, 1903 von 878 Millionen Mark, verfügte man diesmal nur über 735,7 Millionen Mark. Umgekehrt hatte sich gleichzeitig die Wechselanlage gestellt auf:

1903:	928 708 000 Mark
1904:	813 919 000 "
1905:	1 031 745 000 "
1906:	1 189 573 000 "

„An der Hand des obigen Ausweises — heißt es in der bankoffiziösen Zeitungsmittteilung — „läßt sich die Anspannung, der die Bank zum Jahresabschluss ausgesetzt sein wird, schon heute auf eine Steuerpflicht von rund 550 Millionen Mark schätzen; betrug doch die Verschlechterung des Status in der letzten Dezemberwoche der Jahre 1905 und 1904 je etwa 360 Millionen Mark, und so hoch wird man sie diesmal mindestens tagieren müssen. Es steht also zu erwarten, daß die Bank Ende 1906 so hoch wie noch nie an einem Jahresende in die Steuerpflicht geraten wird. Die abnorm hohe Ueberschreitung vom Ende September d. J., die sich auf 505 Millionen Mark belief, wird voraussichtlich überschritten werden.“

Diese Anspannung ist, wie oft an dieser Stelle geschilbert, international, weil die Ursache — der allgemeine Wirtschaftsaufschwung mit seinem gesteigerten Zahlungsmittelbedarf und seinen enorm erhöhten Kreditanprüchen — international ist.

Von den eigentlichen Großstaaten bietet nur Frankreich ein abweichendes Bild, teils wegen seiner langsameren industriellen Entwicklung, teils wegen seiner eigenartigen Diskontpolitik, die es ihm von jeher gestattet, ausländische Goldansprüche mit besonderen Zuschlägen (der sogenannten Goldprämie) zu treffen, und dadurch den stattlichen französischen Goldschatz den Rückschlüssen von außen mehr zu entziehen, als das Staaten von der kommerziellen Weltstellung Englands und Deutschlands so leicht tun können. Trotzdem ist auch in England eine starke Strömung erwacht, die ausländischen, z. B. den amerikanischen, Goldentnahmen für vermeintlich rein spekulative Zwecke größere Hindernisse wie bisher bereiten möchte. In Deutschland sind ähnliche Stimmen schon seit Jahren laut geworden, und soeben wendet sich im Bankarchiv Helfrich wieder gegen die Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes: die Goldentnahmen aus unserer Reichsbank geschähen bei uns vorwiegend für das Ausland; nach dieser Seite seien also Diskonterhöhungen unvermeidlich, um einer Banküberanpannung nach Kräften vorzubeugen. Wir erwähnen diese Erörterungen über die notwendige Steigerung der Bankleistungsfähigkeit nur, weil sie kennzeichnend sind für die internationale Wirtschaftsexpansion, die den allgemeinen atemlosen Wettlauf nach Zahlungs- und Kreditmitteln erst hervorgerufen hat.

Manche angenehme bürgerliche Blätter glauben eine gute Seite des langandauernden Diskonthochstandes konstatieren zu können: den leichtfüßigen Kursstrebereien an der Börse sei dadurch rechtzeitig ein Weigericht angehängt worden; die Störungen durch spätere Kurszusammenbrüche würden sich deshalb für den Produktionsorganismus in Zukunft kaum so bemerkbar machen wie in der Vergangenheit und nach den bisherigen Krisenerfahrungen. Wir legen solchen Wahrscheinlichkeitsannahmen keine allzu große Bedeutung bei, weil die spekulativen Ergeße jeden Augenblick von neuem beginnen können und weil die angeführten Trostgründe wesentlich nur aus deutschen Beobachtungen abgeleitet sind — in den Vereinigten Staaten z. B. ist nichts von den Hemmungen des Börsenschwindels zu bemerken. Tatsache ist jedoch, daß an der Berliner Börse viele führende

Werte mit niedrigeren Kursen schließen wie im Vorjahre 1905 und sogar wie im Jahre 1904. Wir führen an:

2. Jan. 1906	28. Dez. 1906
222	213,80
187	181,70
249,75	241,20
205,60	199,10
102,25	84
249,20	242,60
267,60	196
216,25	200,50
313,50	300,60
311	301
227	216,50
166,20	157,10

Nicht einmal die großen Banken haben Kursabwägungen vermeiden können, da das Emissionsgeschäft, die profitable Unterbringung neuer Werte, unter dem hohen Zinsfuß litt, so notierten:

am 2. Jan. 1906	am 28. Dez. 1906
123,50	121,40
149,10	140
243,90	242,10
190,80	185,60
166	158,25
122,60	121,20
131,25	132,40
164,80	157,80

Viele Terrängegesellschaften, vor allem im Berliner Wohn- und Geschäftsbezirk, haben sogar schon einen recht empfindlichen Rückschlag hinter sich. Wir erwähnen:

am 2. Jan. 1906	am 28. Dez. 1906
172,25	134,60
128	128,50
141,75	124,50
170	151
132	116,75
151	185
192,50	178

Doch sieht man gerade aus den letzten Ziffern, daß die vorangegangene Ueberproduktion und Kurstreiberei keine geringe war; man kann also aus solchen Ziffern höchstens den einen Trost schöpfen, daß die Kurseinbußen sich diesmal über einen längeren Zeitraum verteilen und deshalb nicht die gleiche Panik erzeugen werden, als wenn sie sich massenhaft auf den gleichen Zeitpunkt konzentrierten. Wieder bei andern Unternehmungen liegen außerordentliche Beeinträchtigungen der Kursabwägung vor: so bei der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft das Auftauchen von großen Fusionsplänen, die später in Nebel zerfloßen — bei andern Betrieben das frühere Gemächten allzu hoher Dividenden. Wieder andre Aktien-Gesellschaften hielten sich im Kurs glänzend gegen das Vorjahr: so mehrere chemische Fabriken, viele Bergwerke (Konsolidation am 2. Januar 413,60, am 2. Dezember 480), die schlesischen Zinkhütten.

Immerhin mag ein Körnchen Wahrheit darin liegen, daß für den späteren Krisenverlauf die vorangegangene Kursstimmung nicht ungünstig ist: ein Sonderherd der Panik ist bis zu einem gewissen Grade eingeeignet und ausgelöscht; jene Zahlungs- und Kreditkrisen, die speziell von der Börse ausgehen und alsdann nach allen Seiten hin sich greifen und auch in das Produktionsgebiet ihrerseits hinüberschlagen, sind nicht in gleicher Stärke wie sonst zu fürchten — wenn es bei der Zurückhaltung bleibt. Die eigentliche Entscheidung fällt natürlich nach wie vor in der Sphäre der Produktion. Hier ist auch heute noch nichts an dem alten, dem Leser wohlbekannten Bild der Prosperität geändert.

Berlin, den 30. Dezember 1906.

Max Schippel.

Korrespondenzen.

Münch. Am 2. Weihnachtsfeiertage fand unsere monatliche Steinarbeiter-Versammlung im Hotel zur Post statt. Der Vorsitzende tabelte das Verhalten der säumigen Kollegen. Hier muß bemerkt werden, daß die Versammlung sehr schlecht besucht war. In unserer heutigen Lage ist ein festes Zusammenhalten unbedingt notwendig, ebenso ein starker Versammlungsbesuch. Ferner wurde das Verhalten der Gau- sowie der Zentralleitung gerügt. (Anmerkung des Zentralvorstandes: Wir glauben, daß nun bald genug gerügt ist. Diese Klage scheint in den Münchener Versammlungen stehende Nebensache zu sein, denn fast in jedem Versammlungsbericht kehrt sie wieder, wie das Mädchen aus der Fremde. Um was es sich handelt, wird nicht berichtet. Glaubst man in Münch. Bescheid zu geben die Leitung zu haben, dann gibt es doch Wege, wie dem abzuhelfen ist. Die ewige Mörgelei in den Berichten hat keinen Wert.) Wenn es auf dessen Hilfe ankäme, wäre unsere Zahlstelle schon längst untergegangen. Seitdem der Streik beendet wurde, sind wir selbst unserm Schicksal überlassen. Aber wir werden weiter kämpfen, und wenn auch sämtliche der Zahlstelle angehörigen Kollegen auf mehrere Wochen arbeitslos sind. Frühling wird es doch einmal. Weiter wurde beschlossen, die nächste Versammlung verbunden mit Neuwahl, am zweiten Sonntag im Januar, also am 13. Januar, nachmittags 1/3 Uhr, im Hotel zur Post abzuhalten. Es wurde der Wunsch geäußert, daß zu dieser Versammlung der Zentralvorstand erscheinen möchte.

Reucha bei Leipzig. Am 6. Januar fand im Gasthof zu Abrechtshain eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung von Reucha-Brandis statt. Es ist bedauerlich, daß es in Reucha selbst unmöglich ist, eine Versammlung abzuhalten, da die Saal-inhaber sich weigern, ihre Lokalitäten den Arbeitern für Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Trotz der großen Zahl der hier arbeitenden Steinarbeiter ist diesen Wirten noch nicht mit genügender Deutlichkeit beigebracht, daß die Arbeiter als Konsumenten eine Macht darstellen, die wohl imstande ist, die Wirte zahn zu machen. Die Lokalität wird von unsern Kollegen leider viel zu wenig beachtet. Strengere Maßregeln seitens der Zahlstelle sind demgegenüber angebracht. Ein Mitglied, das diese Wirte durch Frequenz ihrer Lokale unterstützt, steht auf derselben Stufe und ist genau so zu behandeln, wie ein Streikbrecher. Mögen die Kollegen dieses beachten und, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, die Lokalität streng beobachten. — Den Jahresbericht von 1906 gab der Vorsitzende Schlegel. Die Lohn- bzw. Streikbewegung im hiesigen Steinbruchgebiet wurde nochmals eingehend von ihm gemüßigt. Als Konsequenz aus dieser Bewegung sei ein inniger Zusammenschluß aller Steinarbeiter angebracht, wenn wir bei künftigen Kämpfen erfolgreicher abschließen wollen. Kassierer Bindner erstattet den Kassenbericht, welcher mit 1480,86 M. Einnahme und 1278,88 M. Ausgabe balanciert. Nach dem Bericht der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Dann referierte Kollege Siebold-Leipzig über die Gewerkschaften und die Reichstagswahl. Von dem vorläufig von der Bildungsvereinskommissionen Antigerwerkschaftsgesetz ausgehend, schildert er eingehend, welches Interesse die Gewerkschaften an der künftigen Zusammensetzung des Reichstags haben. Der Referent ließ die einzelnen Parteien bzw. ihre Tätigkeit Revue passieren und besprach die mehr oder minder die Allgemeinheit schädigende Tätigkeit dieser „Volksvertreter“. Die Kolonialpolitik, die Finanzgebarung, die Steuern wurden einer eingehenden Kritik

unterzogen. Siebold schloß seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Aufforderung, am 25. Januar Mann für Mann für den Genossen Geher ihre Stimme abzugeben, dem Wahlverein beizutreten, Leser der Leipziger Volkszeitung zu werden. Dann handelten sie als überzeugte Gewerkschaftler. — Dem Ortsvorstand wurde ein Antrag überwiesen, welcher den Zusammenschluß der hiesigen Steinarbeiter in einen Verband verlangt. Bei der nun stattfindenden Neuwahl des örtlichen Vorstandes wurde der bisherige Vorstand und zwei Revisoren wieder, neugewählt wurde als zweiter Kassierer Hans Sieder, als Revisor Paul Wolf. Als Steinarbeiterverbreiter wurde der bisherige bestimmt und zum Statistiker Kollege Garai. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten behandelt und der Vorsitzende noch einmal auf die Bedeutung des 25. Jan. hingewiesen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen.

Bremen. Auf der Tagesordnung der am 27. Dezember 1906 stattgefundenen außerordentlichen Mitglieder-Versammlung stand: 1. Die materielle Unterstützung der Reichstagswahl; 2. Anstellung eines weiteren Gewerkschaftssekretärs; 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende tabelte den schwachen Versammlungsbesuch bei einer so überaus wichtigen Tagesordnung. Alsdann wies er in kurzen Zügen auf die Notwendigkeit der materiellen Unterstützung der Reichstagswahl hin und befürwortete, aus der Kasse eine nennenswerte Summe für die Reichstagswahl zu bewilligen. Mehrere Redner äußerten sich in zustimmendem Sinne, und wurde beschlossen, 800 Mark aus der Kasse dem sozialdemokratischen Wahlfonds zu überweisen und zu dem gleichen Zwecke Sammelstellen zu errichten zu lassen. Der Vorsitzende richtete dann noch einen Appell an die Kollegen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften mitzuwirken an der Arbeit im Wahlkampf. Zum 2. Punkt begrüßte der Kartelldelegierte die Anstellung eines weiteren Gewerkschaftssekretärs. Die Zahl der organisierten Arbeiter nehme immer mehr zu und die zu erledigenden Arbeiten häuften sich dergestalt, daß an eine Bewältigung derselben ohne einen weiteren Sekretär nicht zu denken sei. Des schwachen Versammlungsbesuchs halber konnte von einer Abstimmung über diesen wichtigen Punkt keine Rede sein und wurde die Beschlußfassung vertagt bis zur nächsten Versammlung. Im Verschiedenen wurde unter anderem das unmoralische Betragen einiger organisierten Kollegen scharf kritisiert.

Dürkheim. Am Sonntag, den 30. Dezember, fand in Grethen bei Schwarzkopp die Generalversammlung statt. Trotz Kälte und Schnee war der Besuch ein guter. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden zunächst die Kollegen Jean Ruhs und Georg Helfrich zu Schriftführern gewählt. Den Geschäftsbericht 1906 erstattete Kollege Willader; es war daraus zu entnehmen, daß wir ein arbeitsreiches Jahr hinter uns haben. Den Kassenbericht erstattete Kassierer Kalbfuß. Dieser Bericht war kein besonders freudiger, da verschiedene Platzkassierer ihrer Pflicht — pünktlich abzurechnen — nicht nachgekommen sind. In der Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen diese Sammelstelle gerügt und die älteren Mitglieder ersucht, diesem mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Gemählt wurden: 1. Vorsitzender Kollege Mois Willader, 2. Vorsitzender Kollege Wilhelm Kalbfuß, Kassierer Jakob Kalbfuß, Revisoren: Jakob Roth und Elias Berger, Statistiker: Georg Heidemann, Steinarbeiterverbreiter bleibt der seitherige Kollege Georg Weiß. Der Vorsitzende ermahnte die Gemählten, daß sie ihre Ämter auch fürs ganze Jahr behalten, das es keinen guten Eindruck mache, wenn man alle paar Wochen ein neues Vorstandsmitglied gewählt werden muß. Dem Kartellbericht war zu entnehmen, daß der Gründung eines Gewerkschafts immer noch Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Als Delegierter zur Generalversammlung des Kartells wurden die Kollegen Koppenhöfer, Brunner und Eggart gemählt. Dem Reichstagswahlfonds wurden von der Lokalkasse 25 M. überwiesen. Der Vorsitzende Kollege Willader gab bekannt, daß der seitherige Arbeitsvertrag von den Arbeitgebern gekündigt wurde und uns zu gleicher Zeit von dieser Seite ein neuer zugestellt. Daß derselbe für die Arbeiter sehr windig ausgefallen, wollen wir so nebenbei bemerken. Wegen vorgerückter Zeit wurde derselbe bis zu einer späteren Versammlung zurückgestellt. Kollege Willader ermahnte die Kollegen zum Zusammenhalt, dann können wir der Zukunft froh entgegensehen. Auch die Kommission, die den neuen Vertrag mit den Meistern auszuarbeiten hat, wird ihr möglichstes tun, um den Anforderungen der Mitglieder gerecht zu werden.

Riel II. Am Sonntag, den 6. d. M., hielt unsere Zahlstelle ihre ordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend, hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden. Nachdem vom Vorsitzenden die Versammlung eröffnet, erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom vierten Quartal. Da Einwendungen nicht erhoben, wurde der Kassierer entlastet. Sodann erstattete der Kartelldelegierte den Bericht der letzten Kartelltagung. Da die hier angestellten Arbeitersekretäre mit Arbeit überhäuft sind, wurde vom Kartell die Anstellung eines dritten Sekretärs beantragt. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt. Darauf wurde Stellung zur Reichstagswahl genommen. Es wurde den Mitgliedern aus Herz gelegt, von dem ihnen bis jetzt noch erhaltenen Staatsbürgerrecht Gebrauch zu machen und für einen Kandidaten zu stimmen, der auch wirklich die Interessen der arbeitenden Klasse vertritt, also für den Kandidaten der Sozialdemokratie. Eine lebhafteste Debatte entstand über die Verschmelzung der Zahlstellen I und II zu einer Zahlstelle. Nachdem sich verschiedene Kollegen ausgesprochen, wurde einstimmig der Zusammenschluß der beiden Zahlstellen zu einer Zahlstelle angenommen. (Bravo! D. Red.) Es war jedem Kollegen klar, daß nur durch ein noch engeres Band, als wie es bisher unter den beiden Zahlstellen gemessen, Zuständen, wie sie in letzterer Zeit auf einigen Plätzen gang und gebe waren, abgeholfen werden kann. Hoffentlich wird es den Meistern eine Mahnung sein, daß sie den Bogen nicht allzu straff spannen. Arge Zustände herrschen in letzter Zeit auf den Plätzen Schläuch und Köppler. Sind doch in jeder Fabrik die Arbeitsbedingungen ausgehängt, die für Schleifer und Arbeiter eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit und entsprechende Pausen vorschreiben. Dies scheint auf den Plätzen der Firmen Schläuch und Köppler ganz außer acht gelassen zu werden, denn da geht es noch immer ohne Pausen von morgens 7 bis 12 Uhr und mittags von 1 bis 6 Uhr abends, also volle zehn Stunden ohne Unterbrechung, mit Ausnahme von einer Stunde Mittagspause. Aber nicht das allein! So hat denn Meister Schläuch vor längerer Zeit auf seinem Platze versucht, in Stundenlohn arbeiten zu lassen vier bis fünf Wochen, wo sonst die Schleifer im Afford arbeiteten. Da er aber einfiel, daß er durch den Afford mehr Profite einheimen kann, so läßt er jetzt wieder im Afford arbeiten, zahlt aber einen gewissen Prozentsatz nicht aus, so daß die Arbeiter für ihre geleistete Arbeit um eine beträchtliche Summe geschädigt werden. Ob sich die Arbeiter das noch lange gefallen lassen, ist fraglich. (Es betrifft namentlich die Marmorarbeiter.) Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden war Schluß der gut besuchten Versammlung.

Löwenberg. Im neu gemieteten Lokal am Markt 21 fand am 3. Januar unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Der Vorsitzende Kollege Martin legte sein Amt nieder. An seine Stelle wurde Grünhald gewählt. Zum Kassierer wurde Reichmann bestimmt, indem Tische eine Wiederwahl ablehnten. Den ausscheidenden Funktionären wurde für ihre musterhafte Amtsführung der Dank der Versammlung ausgesprochen. Es wurde die Frage des Saalhofloths angeschnitten; ein Wirt ist schon sehr nachgiebig geworden, doch hat endgültig darüber das Gewerkschaftskartell zu beschließen. Wir rechnen,

daß die Herren Gastwirte noch ziemlich müde werden. Da im hiesigen Kreise auch die Wahlbewegung stark im Gange ist, forderte Kollege Martin mit Nachdruck, daß sich die Verbandsmitglieder äußerst rege an der Flugblattverteilung beteiligen müssen. Der Kandidat der Sozialdemokratie im hiesigen Kreise ist wiederum Kollege Mois Staudinger, und die Steinarbeiter müssen alles daran setzen, daß auch in diesem ländlichen Kreise unsere Stimmen sich bedeutend vermehren. Dem Wahlkomitee wurden 40 M. überwiesen. Die Versammlung verlief sehr anregend und zum Schluß hat Staudinger, bei der Wahl tüchtig mitzuhelfen. Das gemietete Lokal (die frühere Herberge) eignet sich zu Versammlungszwecken vorzüglich und nur durch diese Taktik kann die Starrköpfigkeit der Wirte gebrochen werden.

Wolfschagen. Vor etwa 4 Wochen stellten die organisierten Steinarbeiter der Firma Strube, Langelsheim, einen Antrag auf Lohnerhöhung von 32 auf 35 Pfg. pro Stunde, mit der Begründung, daß durch die allgemeine Lebensmittelverteuerung auch die Löhne eine Aufbesserung erfahren müssen. Eine Unterernährung der Arbeiterschaft sei schon jetzt die Folge. Herr Strube lehnte den Antrag rundweg ab. Er könne nicht mehr Lohn zahlen. Für diesen Fall hatten die Steinarbeiter beschlossen, Herrn Strube den Vorschlag zu machen, daß alle mit an dem Bahnschlusgleise arbeiten wollen, damit die Firma in der Lage wäre, durch Ersparnis an Fuhrlohn und Verladen, welches wohl zirka 2 M. pro Kubikmeter ausmacht, den Arbeitern die Lohnforderung zu gewähren. Auch dieser Vorschlag wurde von Herrn Strube abgelehnt. Es wurde sodann der Gauleiter Biewig zugezogen, um nochmals in Güte zu verhandeln. Das Endergebnis war, daß Herr Strube andeutete, er werde 15 bis 20 Mann entlassen und der Afford würde auf alle Fälle durchgeführt, damit die Arbeiter 35 Pfg. pro Stunde verdienen. Den Vorschlag, die 35 Pfg. Verdienst zu garantieren, umging Herr Strube vorsichtig. In der darauffolgenden Betriebsversammlung wurde eine Kommission gewählt, welche Herrn Strube den Wunsch unterbreiten sollte, die inzwischen gemündigten 16 Langelsheimer Kollegen im Betriebe zu belassen; und daß ferner, um den betreffenden Kollegen dieses sonderbare Weihnachtsgeheim zu ersparen, der Afford angenommen werde. Auch dieser Versuch scheiterte an der absolutistischen Auffassung des Herrn Strube. Darauf erfolgte die Maßregelung des einzigen verheirateten Kommissionsmitglieds. Eine abermalige Betriebsversammlung beschloß, über die Firma Strube wegen all dieser Machinationen die Sperre zu verhängen. Bemerkenswert sei noch, daß Herr Strube sich äußerte, die Langelsheimer Kollegen nicht weiter zu beschäftigen; da er sein gegebenes Wort nicht brechen könne (?), andernfalls würde die Firma sich Ausländer kommen lassen, koste es, was es wolle.

Zwidau. Der Tarif hiesiger Zahlstelle besteht schon seit 1898 mit einem Nachtrag vom Jahre 1901. Die Verhältnisse im allgemeinen, die Arbeitsgelegenheit im besonderen sind von Jahr zu Jahr ungünstiger geworden. Hauptächlich ist die immer mehr sich heigenden Lebensmittelpreise rechtfertigend es, mit folgender Forderung an die hiesigen Arbeitgeber zu gehen: 1. Auf sämtliche Punkte des Tarifs wird ein Zuschlag von 10 Prozent berechnet. 2. Der Stundenlohn beträgt 60—66 Pfg. 3. Geschnittene glatte Arbeiten sind nur im Tagelohn auszuführen. 4. Das Ab- und Aufladen wird nach der Zeit berechnet, pro Stunde 60 Pfg. 5. Bei Auswärtsarbeiten ist Auslösung von 20 Prozent des Verdienstes und Fahrgeld zu bezahlen. 6. Die Arbeitszeit beträgt täglich 8 1/2 Stunden, pro Woche 51 Stunden. 7. Die Zeit für das Zubereiten wird nicht in Abzug gebracht. Die hiesigen Steinarbeiter glaubten annehmen zu dürfen, daß diese bescheidene Forderung seitens der Meister anerkannt würde, da fast jede Gewerkschaft, auch die Beamtenchaft in den letzten Jahren, Lohnerhöhung und Feuerungszulagen erhalten haben. Aber, weit gefehlt. Wie ein Holznagel das Antimotorschreiben der Meister auf unsere Eingabe. Das Schreiben lautet:

„Zwidau, 28. Dezember 1906.

An die organisierten Steinarbeiter von Zwidau. Auf Ihre Zuschrift vom 1. Dezember 1906, betreffend Erhöhung des bestehenden Tarifes um 10 Prozent, bin ich, zufolge Befragung mit den Inhabern hiesiger Steinmeßgeschäfte beauftragt worden, Ihnen mitzuteilen, daß an eine Erhöhung des Tarifs gar nicht gedacht werden kann. Die Geschäftslage ist eine ganz schlechte, Ausichten für das Jahr 1907 sind gar nicht vorhanden, und die Preise für fertige Steinmeßarbeiten sind so niedrig, daß eher an eine Herabsetzung des Tarifs gedacht werden könnte. Der Tarif soll, wie er jetzt lautet, auf ein weiteres Jahr bestehen.

Im Auftrag der hiesigen Steinmeßgeschäftsinhaber Julius Schilling.

Zu Händen des Herrn Strunz.“
Also eher eine Herabsetzung als eine Erhöhung des Tarifs, aber wie gnädig, der alte Tarif soll auf ein Jahr weiter bestehen. Das ist nun schon acht Jahre lang stets ein und dasselbe gewesen. Das kommt davon, die Meister kennen ihre Leute. Ist etwas Arbeit da, ein Wink, eine Karte, so haben sie die Leute, die sie brauchen, hiesige, um Arbeit nachfragende Kollegen kommen in der Regel zu spät, da eine Anzahl Kollegen mit den Meistern das ganze Jahr hindurch in Korrespondenz stehen. Selbstverständlich sucht sich der Meister die besten heraus, wer sich einmal unliebsam gemacht hat, braucht hier überhaupt nicht mehr um Arbeit nachzufragen. Diese Korrespondenz muß aufhören, auch diejenigen, die vom Meister eine Einladung zur Arbeit erhalten, haben sich vorher, ehe sie in Arbeit treten, bei der örtlichen Verwaltung zu erkundigen, wie die Dinge liegen, hier muß einmal Wandel geschaffen werden. Entschließung zu dem obigen Bescheid der Meister haben die hiesigen Steinarbeiter noch nicht gefaßt, doch werden sie zur rechten Zeit das Richtige zu treffen wissen. Es ist in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen. Vor allen Dingen mögen die Kollegen der umliegenden Orte Vorstehendes beherzigen und die Briefmarken oder Karten an die örtliche Verwaltung richten, so wird die Entscheidung für uns günstig ausfallen.

Unsere Mitgliederzahl im 3. Quartal.

Von den bis Ende Dezember eingesandten Quartals-Abrechnungen wurden folgende Mitglieder gezählt:

Gau	Vorort	Mitglieder
1	Berlin	1175
2	Striegau	2821
3	Dresden	3285
4	Leipzig	1025
5	Erfurt	369
6	Hannover	1883
7	Köln	810
8	Ramheim	2654
9	Sträßburg	1351
10	München	534
11	Wirsburg	1448
12	Schwarzenbach	972
	Einzelzahler	225

Ca.: 18647

Bei vorstehenden 18647 Mitgliedern sind die Mitglieder in den Zahlstellen: Geyer, Mittenberg, Droschig, Ruppertsdorf, Hörstel, Osterholz, Baumholder, Fischbach, Neuenstein, Oberhausen, Schopp, Weinsberg, Anblau, Söllingen, Blaumberg, Grünsfeld und Laufamholz nicht mitgezählt. Da es die Ortsverwaltungen der betreffenden Zahlstellen, trotz mehrmaliger Bekanntmachung nicht für notwendig erachten, ihren Pflichten nachzukommen,

und die Quartalsabrechnungen einzufenden. Durch die Neuerteilung der Gaue hat sich die Mitgliederzahl einzelner Gaue etwas verschoben. Ein Vergleich mit dem vorigen Jahre wäre nur bei dem 1., 2. und 15. Gau möglich. Am Schluß des 3. Quartals 1905 betrug die Mitgliederzahl 14350, mithin jetzt ein Mehr von 4297 Mitgliedern, ohne die der oben veröffentlichten Zahlstellen.

Ueber die Zahlstellen im 4. Quartal ist folgendes zu berichten: Am Schluß des 3. Quartals waren 314 vorhanden. Diese Zahl ist im 4. Quartal auf 310 gefallen.

Gegründet sind im 4. Quartal: Lauban, Simmern, Herdecke, Schüren, Eberbach in Baden, Gemsbach, Schopfloch und Treuchtlingen.

Aufgelöst haben sich: Jbbenbüren, Scharföldendorf, Koblenz, Palmbach, Steinbodeheim, Untermutschelbach, Schlettstadt, Erbach im Odenwald, Eisenbach-Obernburg, Rembach, Gailbach und Mospach.

Auf die einzelnen Gaue verteilen sich die Zahlstellen wie folgt:

Gau	Bestand am Schluß des 3. Quartals	gegründet	aufgelöst	Bestand am Schluß des 4. Quartals
1	12	—	—	12
2	18	—	—	18
3	29	1	—	30
4	15	—	—	15
5	10	—	—	10
6	42	—	2	40
7	24	3	1	26
8	71	2	3	64
9	18	—	1	17
10	7	—	—	7
11	48	2	5	45
12	20	—	—	20
Summa:	314	8	12	310

* 6 Zahlstellen wurden dem 9. Gau zugeteilt.

Rundschau.

Kollegen, stellt Euch während der Wahlbewegung den sozialdemokratischen Organisationen bereitwillig zur Verfügung. Die meisten unserer Verbandsmitglieder wohnen auf dem Lande, da ist die Arbeit für die Sozialdemokratie besonders erschwerend, tue deshalb jedes Verbandsmitglied seine volle Pflicht und Schuldigkeit.

Paragraph 153. Nach jedem Streik wird dieser berüchtigte Paragraph der Gewerbeordnung gegen Kämpfer für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in Anwendung gebracht. Phantasiebegabte Streikbrecher erzählen die schrecklichsten Moritaten, und gestützt auf genannten Paragraphen ist das Verbrechen fertig; die Anklage wird dann im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung erhoben. Dieses haben auch unsere Mainzer Kollegen erfahren, aus ihrer Bewegung im August d. J. scheint ein ganzer Mattenkönig von Prozessen sich zu entwickeln. Der erste fand vor einiger Zeit vor dem Mainzer Schöffengericht statt. Die Mainzer Volkszeitung berichtet darüber folgendes: Es handelte sich um fünf organisierte Steinmehrer aus Mainz, die angeklagt waren, während des Streiks im August den Steinmehrer Joh. Weikel in mehreren Fällen „mit der Begehung eines Verbrechens, der Lösung bedroht, und öffentlich wörtlich beleidigt zu haben“. Die Anklage enthielt außerdem noch eine große Anzahl von Paragraphen, darunter der obengenannte, nach denen sich die Angeklagten vergangen haben sollen. Der § 153 wurde mit Rücksicht auf seine Ausichtslosigkeit schon während der Verhandlung fallen gelassen. Die Sache selbst war sehr einfach und entbehrte einer gewissen Komik nicht. Der W. ließ sich in der ersten Zeit des Streiks als Nichtorganisierter Streikgelder bezahlen, forschte aber bei den Streikführungen die Arbeiter aus und hinterbrachte es den Arbeitgebern. Er wurde demnach zum Denunzianten der Arbeiter, wofür er mit der Entziehung der Streikunterstützung belohnt wurde. Aus Rache wurde er Streikbrecher. Wurde er nun im Laufe des Streiks von den Angeklagten gesehen, so riefen ihm diese in ihrer begreiflichen Aufregung verschiedene „Schmeichelnamen“ zu. Bei einer dieser Gelegenheiten glaubte der W. in seiner Phantasie (er liest anscheinend Hintertreppenromane und Schauererzählungen), er werde verfolgt und sprang deshalb am Bingerstraße mit kühnem Schwunge auf die nach Gonsenheim in Fahrt begriffene Lokalbahn. Von dort aus bedrohte er die Streikenden, die in beschaulicher Ruhe in weiter Entfernung standen, mit Totschüssen und Erschießen. Sonderbare Weise wurde ihm dieserhalb eine Anklage nicht zugestellt. Nach seinen Aussagen sollen einige der Beschuldigten wie „Indianer“ um den Zug herumgesprungen sein. Die anderen Zeugen, mehrere Bahnbeamte und Passagiere, bestritten dies ganz entschieden. Hieraus war zu ersehen, wie sich der Zeuge W. von seiner Phantasie hinreißen ließ, Sachen zu erzählen, die in Wirklichkeit gar nicht passiert waren. Selbst das Gerücht konnte sich über die phantasievolle Erzählung des W. eines Nachhels nicht erwehren. W. erklärte noch zum Schluß seiner Aussage, er sei derart gefährdet, daß er ohne Revolver nicht mehr ausginge. Hier wäre es am Platze, dem gefährlichen Menschen die Waffe durch die Polizei abnehmen zu lassen, damit er nicht einmal in einer Nebenrolle harmlose Leute über den Haufen schießt! Während der Beweisaufnahme ergibt sich, daß einer der Angeklagten überhaupt nicht das geringste gemacht hatte, so daß seine Freisprechung erfolgen mußte. Der Staatsanwalt war natürlich der Phantasie des W. zugänglich, er verlangte eine energische Bestrafung. Das Gericht, frei von Phantasie, schenkte den Angaben des W. keinen besonderen Glauben und erkannte nur wegen Bedrohung und Beleidigung auf Geldstrafen in der Höhe von 10—20 Mk.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Söwenberg-Flagwitz. Es wird um die Angabe der Adresse des Steinmehrer Joseph Urkoslav, 82 Jahre alt, gebeten. **Grüschod,** Vorsitzender.

Adressen-Henderungen.

Gröschel in Gifsh. Vorsitzender: Konrad Widmer, Sohn. **Säberstadt.** Vorsitzender: Otto Kersten, Kulkstraße 33.

Handesacker. Vorsitzender: Adam Schneider. **Neja.** Vorsitzender: Bernhard Wagner, Weiba bei Neja Nr. 51c. **Rothenburg.** Kassierer: Wilhelm Vogelmann, Hafengasse 349. **Sof.** Vorsitzender: Ludwig Schielein, Ottostraße 29. **Seußen.** Vorsitzender: Christian Schörner. Kassierer: Hans Ruppert. **Wensheim.** Vorsitzender und Kassierer: Joseph Reichberger, Hügelstraße 6. **Bremse bei Göttingen** (neue Zahlstelle im 6. Gau). Vorsitzender: Joseph Büst. Kassierer: Clemens Hallstein. **Kirchhausen bei Heppenheim a. d. Bergstr.** (neue Zahlstelle im 8. Gau). Vorsitzender: Alois Lernbecher. Kassierer: Ludwig Schürzinger. **Nürnberg.** Vorsitzender: Eduard Höhn, Obere Seitenstr. 10, II. Kassierer: Johann Krauß I, Poppenreuther Str. 8, II. — Reiseunterstützung wird ausbezahlt an den Wochentagen von 6—8 Uhr abends, an den Sonntagen von mittags 12—1 Uhr in der Wohnung des Kassierers, Poppenreuther Str. 8, II. **Deffau.** Vorsitzender und Kassierer: Willy Günther, Raguhner Straße 25, II.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 1. bis mit 5. Januar 1907. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)
Hofstede, B. 4.80; Zittau, Ins. 1.60; Wiesbaden, Ins. 5.40; Altenbach, B. 16.88; Baugen, B. 147.—, E. 5.—, M. 1.—; Eberfeld, B. 184.—, E. 5.—, M. 0.30; Göttingen, E. 2.50, M. 2.50, K. 10.—; Hof, B. 92.—, E. 0.75, M. 0.30, Ins. 1.—, K. 2.40; Neundorf, K. 50.—; Raumburg, B. 138.—, K. 10.—; Speyer,

Abrechnung vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1906.

Einnahme.		Ausgabe.	
	ℳ	ℳ	ℳ
Beiträge	99 526	Agitation	5905
Eintrittsgeld	1357	Reiseunterstützung	3644
Erwerbslosenmarken	2505	Streikunterstützung	4759
Delegiertensteuer	107	Maßregelungsunterstützung	5577
Zeitungsmarken	171	Rechtschutz	854
Material	602	Inhabitiertenunterstützung	287
Abonnements und Inzerate des Steinarbeiters	394	Notstandsunterstützung	130
Diverse Einnahmen (Zinsen, Streikunterstützung usw.)	4 145	Umgangskosten	175
		Druckkosten	10 168
		Gehälter	2575
		Zuschüsse an Lokalverwaltungen mit besoldeten Bezirksleitern	538
		Porto	1861
		Revisionen und Vorstandssitzungen	319
		Konferenzen	15
		Beitrag an die Generalkommission	400
		Beitrag an die Zentralkommission f. Bauarbeiterchutz	200
		Beitrag an das internationale Sekretariat	250
		Bureau-Ausgaben	872
		Diverse Ausgaben (Zeitungen, Versicherungsbeiträge, Waren, literarische Arbeit, Unkostenkonto, Zinsen auf offenes Konto usw.)	814
		Bestand	69467
	108811 05		108811 05

Leipzig, im Januar 1907.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Schreib-Diamanten unter Garantie
à 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.— Mk. Diamantwerkzeuge für alle Industriezwecke.
Friedrich Loeser, Karlsruhe i. Baden, Gerwigstrasse 35.

Spezialhaus für Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jackets, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Gesunder junger Mann
kann dauernde und gute Handbleimashinenarbeit erhalten. Lohn 25 Mark pro Woche und Reisevergütung. Offerten mit näherer Angabe der Verhältnisse und früheren Arbeitsstellen sub 921 an **Georg Paulsens Annoncen-Expedition, Besterbrogade 10, Kopenhagen B.**

— Herausgegeben von —
STEINMETZ-KALENDER
— ist im Verlage von —
C. Guentherodt-Wilmersdorf-Berlin
Max Noster, Rixdorf-Berlin SO.
erschienen. Preis gebunden
2 Mk. :: Gegen Voreinsendung oder Nachnahme.

Sterbetafel.
(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Dresden. Am 31. Dezember 1906 verschied unser Kollege, der Steinmehrer **Gustav Linus Rüger** im Alter von 30 Jahren und am 3. Januar 1907 der Steinmehrer **Adolf Förster** im Alter von 35 Jahren. Beide an der Berufsfrankheit.
Essen. Am 4. Januar starb unser Kollege **Ferdinand Zündorf** im Alter von 25 Jahren 3 Monaten infolge einer Lungentzündung.
Leipzig I. Am 3. Januar starb unser Kollege, der Steinmehrer **Hermann König** im Alter von 47 Jahren 6 Monaten an der Berufsfrankheit.
Metten. Am 2. Januar starb unser Kollege **Johann Greil** im Alter von 25 Jahren an der Berufsfrankheit.
Pirna. Am 30. Dezember 1906 starb im Alter von 26 Jahren 5 Monaten unser Kollege **Franz Kalina** und am 2. Januar 1907 im Alter von 57 Jahren unser Kollege **Karl Hering** (Ehrenschor). Beide an der Berufsfrankheit.
Pölla. Am 1. Januar starb im Alter von 37 Jahren unser Kollege **Robert Leischke** an der Berufsfrankheit.
Sachsen. Am 31. Dezember 1906 starb unser Kollege, der Steinmehrer **Wilhelm Meier** aus Jonsdorf (Böhmen) im 44. Lebensjahre und am 3. Januar 1907 der Steinmehrer **Joseph Wolf** aus Starckenbach (Böhmen) im Alter von 39 Jahren. Beide an der Berufsfrankheit.
Wenig-Radwitz. Am 3. Januar starb im Alter von 37 1/2 Jahren unser Kollege **Georg Hartmann** an der Lungenschwindsucht.
Ehre ihrem Andenken!

Albert Baumann
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

20 Pflastersteinschläger u. 10 Putzer
(Vorbeschwellen) stellt für dauernd und sofort ein
Gutsdorfer Granitwerk.
Aufträgen sind zu richten an **Max Leitzl, Werkmeister, Gross-Rosen (Schlesien.)**

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Tuberkulose.

Nachstehenden Artikel entnehmen wir der **Sozialarbeiterzeitung**, weil er auch für die Steinarbeiter von großem Interesse sein dürfte.

Die Schwindsucht, auch mit Recht Proletarierkrankheit genannt, fordert jährlich jahrein ihre Opfer. Man sieht mit zu, wie ganze Familien dieser tödlichen Krankheit zum Opfer fallen, der beste Kamerad von ihr befallen und durch den Tod von der Seite genommen wird. Machtlos steht ihr der Mensch gegenüber. Der Arzt zuckt die Achseln! „Zu spät.“ „Gäbe ich den Fall nur früher gehabt“ usw. Monatelang, ja jahrelang schleppt sich dann der arme Kranke herum, sich selbst, seiner Familie usw. zur Last, um, je mehr ein Zerfall seiner Kräfte eintritt, desto hoffnungsreicher zu werden, dem wieder tiefe Niedergeschlagenheit, starke Reizbarkeit usw. folgt.

Die Merkblätter der Vereine zur Bekämpfung der Schwindsucht enthalten alle den Satz:

„Die Lungentuberkulose — im Anfangsstadium häufig Lungenepithelkatarrh, im vorgeschrittenen Stadium Lungenemphysem genannt — ist die verderblichste unter allen Volkskrankheiten. In Deutschland sterben jährlich mehr als 100 000 Menschen an dieser Krankheit. Die Lungentuberkulose ist aber trotzdem eine heilbare Krankheit, wenn eine wirksame Behandlung frühzeitig eingeleitet wird.“

Die Lungentuberkulose ist eine durch Ansteckung mit einem besonderen Krankheitserreger, dem von Robert Koch entdeckten Tuberkelbazillus, verursachte, auf andere übertragbare Krankheit. Angeboren kommt sie sehr selten vor.“

Es wird uns dann ganz trocken weiter erklärt, daß der Tuberkelbazillus ein ganz „kleiner Witz“ ist, der sich in dem erkrankten menschlichen Körper außerordentlich stark vermehrt und vor allem mit dem Auswurf Lungenkranker in enormen Mengen nach außen gelangt. Wer nun mit lungenkranken Kollegen zusammenarbeitet, wird wissen, wie ekelhaft oftmals der Arbeitsplatz aussieht. Der Fußboden ist „geplästert“ vom Auswurf der armen Teufel, und doch erklärt jeder Arzt, daß die Ansteckung der Tuberkulose in erster Linie „durch Einatmung von getrockneten Auswürfen Lungenkranker“ erfolge!

Deshalb enthalten alle Merkblätter den Satz: „Darum niemals auf den Fußboden spucken.“ — „Man sorge für Spucknapfe mit feuchter Füllung und verlange deren Aufstellung da, wo sich solche nicht finden sollten“ (Werkstätten, Wirtschaften usw.). Um das Auswirbeln von Staub zu vermeiden, müsse „der Fußboden stets feucht aufgewischt, nicht gefegt werden“, „da Reinlichkeit bei der Bekämpfung der Tuberkulose das erste Erfordernis“ sei.

Gut gesagt! Auch die Unfallberühmungsrichtlinien stehen bekanntlich auf dem Papier. Der Unternehmer macht trotzdem was er will, zahlt schließlich auch einen Beitrag in die Kasse des Vereins zur Bekämpfung der Schwindsuchtgefahr!

In letzter Zeit lasen nun alle Spießer mit viel Behagen, daß die Schwindsuchtsziffer gesunken sei. Deshalb heil den Vereinen, die unter fürstlichem Protektorate für die tatsächliche Bekämpfung der Tuberkulose gefogert haben, für Errichtung von Lungenheilstätten usw. eintreten, sogar auf den Bahnhöfen die Sammelbüchsen an-

bringen ließen. Doch wer glaubt ohne weiteres die Zahlen? Eine Anzeigepflicht bei Tuberkulose besteht nicht, viele Todesursachen werden gar nicht richtig festgestellt oder mit anderen Namen belegt.

Aus dem neuesten Geschäftsbericht der großen Versicherungsanstalt der Rheinprovinz ersehen wir zum Beispiel, daß die Statistik derselben einen Unterschied zwischen „Lungenemphysem“ — „Krankheiten der Lunge“, „Krankheiten der Atmungswege“ usw. macht. In der Zusammenstellung der Ursachen der Invalidität seit 1900 heißt es:

1900	10746 bewilligte Invalidenrenten
1904	18693

Die Krankheiten der Lunge sind die am häufigsten eintretenden Ursachen der Invalidität, und zwar pro 1904 bei 13 693 Invalidenrenten:

	1904	1903	1900
Dazu Lungenemphysem	2315 Fälle 17 Proz.	18 1/2 Proz.	20 Proz.
Zusammen	4396 Fälle 32 Proz.	34 1/2 Proz.	37 Proz.

Nach dieser Statistik hätte erfreulicherweise die Tuberkulose in den letzten 4 Jahren um 5 Prozent abgenommen! Hoffentlich trügt die Statistik nicht! Doch ist es mit 32 Proz. Lungenkrankheit nicht abgetan! Die Statistik führt unter „Entkräftung und Blutmangel“ mit 19 Prozent aller Fälle, sowie Krankheiten der Atmungsorgane mit 4 Prozent sicher auch noch eine Menge Lungenkranker, so daß die wirkliche Ziffer nicht unter 40 Prozent kommen wird. Was soll nun nach der Ansicht unserer modernen Ärzte und Sozialpolitiker der Lungenkranke tun? Er soll sofort den Arzt aufsuchen, wenn er nur den leichtesten Katarrh verspürt, der schließlich chronisch werden könnte. Der Arzt wird dann Versuche anstellen, die Krankheit zu bannen, den Erkrankten schließlich einer Heilstätte überweisen lassen. Es soll nicht bestritten werden, daß in den letzten 10 Jahren in diesem Punkte ziemlich viel geschehen ist. Mehr als 70 Lungenheilstätten sind imstande, alljährlich 25 000 Kranke zu versorgen, und jedes Jahr werden neue Heilstätten noch eröffnet. Was geschieht nun mit diesen Lungenkranken in diesen Heilstätten, die nach und nach mit ganz andern Augen beachtet werden? Ruhe, kräftige Kost und Abhärtung sind die Hauptpunkte der Kur, die meistens 12 bis 13 Wochen in Anspruch nimmt. Nur manche Kranke können jedoch die notwendige Kur nicht durchmachen, da die ewige Sorge um die arme Familie, die mit dem fargen Krankengeld, oft nur dem vierten Teile des entgangenen Arbeitslohnes, nicht auskommen kann, sie in ständige Unruhe versetzt. Bei andern ist es wieder die Angst, die Arbeitsstelle zu verlieren, die meisten Kranken kommen jedoch gar nicht zur Kur, weil sie von dem Vertrauensarzt der Heilstätte oder der Versicherungsanstalt usw. nicht mehr als unfähig erachtet werden, die Krankheit schon zu weit vorgeschritten sei! Wer nun das Glück hat, „aufnahmefähig“ erklärt zu werden, setzt natürlich alle Hoffnung auf die Heilstättekur; freut sich der Ruhe, einer Gewichtszunahme von oft 15 bis 20 Pfund, um dann als arbeitsfähig entlassen zu werden.

Von den „Fleischtopfen“ der Heilstätten zum „häuslichen Herd“, auf dem leider so selten wirklich kräftige Speisen gekocht werden können, ist kein weiter Weg. Wie bald ist die Gewichtszunahme wieder verschwunden, bei harter Arbeit und schlechtem Essen der alte Zustand wieder

da. Man sollte aus diesen Gründen den Wert dieser Kuren nicht gar zu sehr überschätzen! Unsere Heilstättenärzte kamen wohl zu dem Entschluß, die Pfleglinge in den letzten Wochen ihrer Kur mit leichten Arbeiten zu beschäftigen, um den Uebergang von der Kur zur harten Tagesarbeit etwas zu mildern. Gut! Das können sie wohl, jedoch die Hauptfrage nicht — den Entlassenen gute Kost usw. und entsprechend ihrem Zustand passende Arbeitsgelegenheit zu verschaffen! Wie schön hört sich der Rat von „Berufswechsel“ an, der so schwer durchzuführen ist. Alle Versuche sind mißlungen, den Entlassenen passende Arbeit zuzuweisen. Unsere Unternehmer nehmen keine Rücksicht auf den Zustand der „Arbeitswilligen“, die doch leben wollen und als schwache Kräfte mehr denn je auf guten Verdienste angewiesen sind, um die angeratene gute Ernährung, gesunde Wohnung usw. sich zu verschaffen. Auch der Staat nimmt keine Rücksicht auf die Kranken, sondern verteuert auch ihnen die notwendigsten Lebensmittel, so daß dieselben bei ihrem fargen Verdienste noch mehr den Hungertiemmen enger schnallen müssen!

Hungertarif und Heilstättenbewegung — wie paßt das gut zusammen!

Der so oft notwendige Berufswechsel, manchmal der beste Rat, den der Lungenkranke vom Arzt erhalten hatte, kann daher aus praktischen Gründen gar nicht durchgeführt werden. Wo der Berufswechsel trotzdem durchgeführt werden konnte, beklagen die Ärzte wieder, daß die Kranken gar zu unvorsichtig gewesen, zum Beispiel Straßentherapeuten bei ständiger Staubarbeit oder Austräger von Backwaren geworden seien, ihre Mitmenschen in ständige Gefahr bringen könnten.

Entsetzt wüßte die reiche Madame mehrmals ihre Semmel ab, die vielleicht ein Lungenkranke Mann ins Haus gebracht hatte, ohne aber zu bedenken, daß vielleicht mehrere lungenkranke Väter schon den Teig infiziert hatten! Werden und können in unserer heutigen Produktionsweise etwa die Vorschriften der Lungenheilärzte durchgeführt werden? Diese schreiben:

Die Ansteckung kann erfolgen: Durch Einatmung feinsten Tröpfchen, wie sie beim unvorsichtigen Husten und auch Sprechen Lungenkranker in die Luft gelangen und dort lange Zeit sich erhalten können. Darum stets beim Husten die Hand vor den Mund halten! Niemals jemand anhusten! Nie sich anhusten lassen!

Durch Verunreinigung kleiner Wunden (Schrunden) mit tuberkelbazillenhaltigem Staube. Darum die Kinder nicht auf dem Fußboden spielen lassen in Räumen, in welchen Lungenkranke sich aufhalten! Wunden jeder Art reinigen und rein halten!

Die weiteren Ratsschläge, kein Fleisch von tuberkulösen Tieren zu essen, sind bei den hohen Fleischpreisen ebenfalls hinfällig, wenn gar die Freibank die einzige Bezugsquelle für die Proletarierfamilien bilden muß!

Alle Tuberkulose-Merkblätter enthalten weiter den Satz:

„Was kann der einzelne sonst noch zu seinem Schutze gegen eine Erkrankung an Tuberkulose tun? Gegen eine Erkrankung an Tuberkulose ist auch der Gefunde und Kräftigste nicht gefeit; aber der Ungesunde und Schwächliche wird natürlich leichter von dieser

Die Einweihung des Hamburger Gewerkschaftshauses.

Auch die Hamburger Gewerkschafter und Genossen haben ein mächtiges Gewerkschaftshaus errichten lassen. Keine Mittel wurden gescheut, um das stolze Gebäude so bequem wie möglich auszustatten; am 29. Dezember konnte die Einweihung vor sich gehen, und aus nachstehenden Reihen ist wohl ersichtlich, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, um ein solches Bauwerk zu schaffen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Genosse Groffe, hielt bei der Einweihung folgende Ansprache:

Es geziemt sich wohl, mit einigen Worten auf die Entstehung dieses Hauses hinzuweisen. Auch hierin ist ein Stück Geschichte verkörpert, die Entwicklungsgeschichte der Arbeiterorganisationen Hamburgs. Schon 1891, nachdem die Gewerkschaften sich nach Aufhebung des Sozialistengesetzes kartelliert hatten, wandte man die Aufmerksamkeit den fremd zugewanderten Genossen zu. Die Herbergsverhältnisse lagen hier wie in keiner zweiten Stadt im argen. Hier wollte man Abhilfe schaffen, und so entstand der Gedanke der Gründung einer Zentralherberge. Im Jahre 1894 fanden fünf Versammlungen statt, die sich mit diesem Thema beschäftigten, und am 30. November wurde eine Kommission gewählt, um Vorarbeiten zu verrichten. 42 Organisationen beteiligten sich an der statistischen Erhebung über Ab- und Zureife der Fremden und es ergab sich, daß 26 Gewerkschaften, die Reiseunterstützung zahlten, rund 10 000 Zugereiste pro Jahr hatten. Rentabilitätsberechnungen wurden angestellt und auch ein Grundstück war gefunden. Die Sache zerfiel sich aber, weil einerseits die Gewerkschaften zu schwach, andererseits die Mittel nicht vorhanden waren. Das Kartell zählte damals nur 23 278 Mitglieder. Auch die Frage der Errichtung eines Gewerkschaftsbüros wurde ventilert und für notwendig erklärt, aber von einem Jahr zum andern verschoben, bis im Jahre 1900 das Sekretariat zur Wirklichkeit wurde. Im selben Jahre wurde der Frage der Errichtung eines Gewerkschaftshauses wieder näher getreten und das Kartell bewilligte als ersten Grundstock dazu 15 000 Mk., der Grundfonds sollte 200 000 Mk. betragen. Eine Kommission wurde aufs neue gebildet, um Vorarbeiten zu treffen. Bei einer späteren Umfrage beteiligten sich 42 Gewerkschaften, die 46 000 Mk. zeichneten, dazu 30 000 Mk. vom Kartell, so daß 76 000 Mk. zur Disposition standen. Mit dieser Summe konnte nicht viel unternommen werden. Wir wandten uns daher an die Parteioorganisationen, die aber wenig Neigung verspürten, sich an dem Werke zu beteiligen. Am 18. September 1901 beschloß das Kartell, die Angelegenheit weiter zu betreiben und die Gelder auf Konto zinstragend anzulegen. Damit war man eigentlich wieder auf den toten Punkt gelangt. Aber die zunehmende Entwicklung der Gewerkschaften — wir zählten 1900 schon 91 650 dem Kartell angehörende Mitglieder — erheischte Abhilfe auf dem Gebiete des Herbergs- und Bureauwesens. Wie die über die

ganze Stadt verteilten Gewerkschaftsräume aussahen, das wissen Sie alle. Auch die Kämpfe mit dem Unternehmertum erforderten dringend einen Konzentrationspunkt der Gewerkschaften in Gestalt einer Arbeiterbörse. Nach im Kartellbericht für 1902 hatte man sich hinsichtlich der Realisierung des Projektes recht pessimistisch geäußert; vor allem wurde die Rentabilität angezweifelt, zumal die Platzfrage viel Kopfzerbrechen verursachte. Der Baugrund im Pulschlage der Großstadt Hamburg ist bekanntlich sehr teuer. Wider Erwarten gelang uns die Lösung der Platzfrage, indem uns im Februar 1904 dieser Baugrund angeboten wurde. Am 15. März 1904 beschloßen 32 von 37 beteiligten Gewerkschaften, das Angebot an der Hand zu behalten. Um Gewißheit zu erlangen, ob ein unsern Zwecken entsprechendes Gebäude mit Saal erbaut werden dürfe, reichten wir bei der Baupolizeibehörde einen provisorischen Entwurf ein, und nachdem alle Vorichtsmaßnahmen getroffen waren, beschloß am 22. März eine Sitzung der Kartelldelegierten und Gewerkschaftsvorstände mit 225 gegen 15 Stimmen den Ankauf des Grundstücks zum Preise von 275 000 Mk., so daß am 1. Oktober 1904 die Auflassung vollzogen werden konnte. Inzwischen hatten die Parteioorganisationen eine Urabstimmung vorgenommen, die die Beteiligung der Partei an dem Unternehmen ergab. Am 12. Juni 1904 wurde die Gesellschaft gegründet und am 14. August mit einem Stammkapital von 90 000 Mk. eingetragen. Bis Jahreseschluß stiegen die Zeichnungen zum Stammkapital um 84 000 Mk., so daß es beim ersten Jahresbericht auf 200 000 Mk. erhöht zu werden vermochte. Nun ging es an die Arbeit. Preisanschreiben wurden entlassen, doch genügte keiner der 25 eingegangenen Entwürfe ganz den Anforderungen; erst weitere Entwürfe brachten das Richtige. Jetzt erwies sich der Platz als zu klein und ein Nachbargrundstück mußte hinzugekauft werden. Das Gebäude ist nun fertiggestellt, wir übergeben es Ihnen zur Beurteilung und Benutzung. Außer den Gewerkschaften und der Partei haben sich auch Genossenschaften an unsern Werke beteiligt. Wie schon gesagt, ist die Frage der Errichtung eines Gewerkschaftshauses angeschnitten worden, als die Gewerkschaften, soweit sie dem Kartell angeschlossen waren, rund 23 000 Mitglieder zählten, während jetzt, nach Anschluß Altonas, 90 000 Gewerkschaftsmitglieder und 30 000 Parteimitglieder vorhanden sind. In diesen Zahlen prägt sich deutlich die Entwicklung der hiesigen Arbeiterbewegung aus. Dieses Haus ist nun unser, unser sind auch die Sorgen, die durch eine rege Benutzung unsres Heimes verschleudert werden können. Jeder Arbeiter muß sich sagen: Das Haus gehört mir ebenfalls, ich muß an seiner Erhaltung, zu seiner Rentabilität beitragen. Im Namen der Verwaltung spreche ich allen denen unsern Dank aus, die mit Kopf, Herz und Hand an dem Werke mitgearbeitet haben. Dies Haus soll eine Stätte sein, wo wir zusammenkommen, um zu beraten, was im Interesse der Arbeiterbewegung zu geschehen habe. In diesem Sinne übergeben wir Ihnen unser Gewerkschaftshaus. Genosse Bebel, der Abgeordnete für Hamburg III, war ebenfalls erschienen und führte folgendes aus:

Es ist nicht nur ein erfreuliches, sondern auch ein erhebendes Ereignis, das uns in diesen Stunden zusammengeführt hat.

Wir sind zusammengekommen, um diesen stolzen und gewaltigen Bau einzuweihen. Ich habe mit besonderer Genugung der freundlichen Einladung Folge geleistet, weil ich auch ein wenig zur Brechung des Widerstandes gegen das Projekt beigetragen habe. Damals herrschte in bezug auf dieses Unternehmen bei einem Teile unsrer Genossen eine pessimistische Stimmung, jetzt werden diese wohl anderer Meinung sein und sich in diesen Räumen wohl fühlen. Dieser Bau ist nicht nur ein Zeichen der Solidarität und Opferwilligkeit, sondern auch ein Zeichen des Selbstvertrauens unsrer Genossen. Ich habe Gelegenheit gehabt, den Bau im Werden einige Male zu sehen, mußte ungeschärf, wie er sich gestalten werde, aber ich muß offen erklären: als ich heute morgen, vom Bahnhof kommend, die wichtige Fassade dieses Hauses erblickte, da war ich doch überrascht, da sagte ich mir, das ist doch ein ebenso schöner wie gewaltiger und imponierender Bau. Wenn es so im Innern aussieht, wie das Haus sich äußerlich präsentiert, dann sind meine Erwartungen bei weitem übertroffen. Als ich dann in das geräumige Vestibül trat, die breiten Korridore und Treppen, das von allen Seiten einflutende Licht und den prachtvollen großen Saal erblickte, da erst wurde ich mir bewußt, daß alle meine Hoffnungen und Wünsche in vollstem Maße in Erfüllung gegangen waren. Von andern Männern, von Vertretern bürgerlicher Parteien in der Hamburger Bürgerschaft, die aus Neugier erschienen waren, um zu sehen, was die Hamburger Arbeiterschaft geleistet habe, ist dieses Werk gelobt worden. Ein Herr erklärte sogar, der Hamburger Senat könne sich an diesem Gebäude ein Beispiel nehmen, wie in Hamburg öffentliche Bauwerke errichtet werden müßten. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß neben dem Rathaus und dem Zentralbahnhof als dritte hauliche Sehenswürdigkeit unser Gewerkschaftshaus zu nennen sei. Man wird jetzt Respekt haben vor dem Können der so viel verachteten Arbeiterklasse. Dieses Haus soll den verschiedensten Zwecken dienen, es soll sein in erster Linie ein Haus der Arbeit, worauf die zahlreichen Bureau Räume und Beratungszimmer hindeuten. Es soll weiter sein ein Haus der Belehrung und Aufklärung, wo, durch Benutzung der Bibliothek usw., die durch die mangelhafte Volksschule nicht befriedigten Lücken ausgefüllt werden sollen. Es birgt das Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariat in seinen Räumen, wo Auskünfte aller Art und Belehrung auf sozialpolitischem Gebiete erteilt werden. Es soll aber auch ein Haus der Ruhe und Erholung für die wandernden Genossen sein, die den „Berliner“ auf dem Rücken, von der Wanderlust getrieben oder auch auf das Straßenpflaster gemorren, nach Hamburg kommen, um hier Arbeit zu suchen. Sie werden dieses Haus, leicht zugänglich mit der Eisen- und Straßenbahn, lieb gewinnen und es auch an den schönen Tagen benutzen können, denn die Terrassen und freien Seitenplätze werden einen schönen Aufenthalt bieten. Dies Haus soll aber auch unsre geistige Waffenkammer sein, wo nicht nur die Kämpfe zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter beschloßen, sondern auch die Kriegspläne beraten werden, wie dem Proletariat dauernd geholfen werden könne.

Krankheit befallen und ihr erliegen. Wer seinen Körper durch gesundheitsgemäße Lebensführung kräftig und widerstandsfähig sich erhält, schützt sich hierdurch auch gegen eine Erkrankung an Tuberkulose!

Das ist gut gesagt. Merkwürdigerweise enthält aber kein Merkblatt nähere Aufklärung darüber, wie der Arbeiter von heute seinen Körper „kräftig und widerstandsfähig“ erhalten kann. Um dies zu ermöglichen, müßte er doch seine Bedürfnisse ganz gewaltig steigern, und das ist ja „staatsgefährlich“ — ja „kulturfeindlich“ in den Augen der humanen „Menschenfreunde“, welche die Wohltätigkeit als Sport betreiben!

Der Arbeiter muß sich deshalb vor der Tuberkulose selbst schützen, denn mit guten, billigen Ratsschlägen allein ist es doch wahrlich nicht getan. Was die Merkblätter nicht mehr enthalten, muß er zu erstreben suchen! Verkürzung der Arbeitszeit, um recht bald aus der staubigen, schlechten Luft der Werkstätte zu kommen, dem Körper mehr Ruhe zu gönnen. Für helle, luftige Werkstätten einzutreten, deren Fußboden auch wirklich „feucht angewischt“ werden kann. Aber trotz verkürzter Arbeitszeit höheren Arbeitslohn, um auch gesundheitsgemäß leben zu können. Die Pflegekosten eines Heilstättetags betragen oft 3 bis 6 Mk. für Versicherte. Kann sich dies der gesunde Arbeiter leisten? Mit diesem Satze muß er gar oft noch eine ganze Familie mit ernähren, erhalten, deshalb viel, viel schlechter leben, trotz harter Tagesarbeit, als die Heilstättengefährte während ihrer Kur. Aber gerade diese Ernährungsweise wäre das einzig Richtige, dem frommen Proletarier die Kräfte zu erhalten. Er muß deshalb streben, durch höheren Lohn den Vorschriften der Ärzte mehr nachzukommen, sich besser nähren, kleiden und auch wohnen zu können. Gesunde Wohnungen kosten Geld, und wird auch dieser Frage mehr Gewicht beigelegt werden müssen.

Wer sucht nun dem Arbeiter dies zu ermöglichen? Die „Heilstätten“ oder „Vereine zur Bekämpfung der Tuberkulose“? Nein. Diese haben nur „billige“ Ratsschläge für Gesunde und Kranke, verschweigen aber die Hauptfrage aus Rücksicht auf ihre Klasse. Es sind deshalb in erster Linie die verhassten Gewerkschaften, die mehr für die Befundung der Menschen beigetragen haben, als alle Ratsschläge edler Menschenfreunde. Jede halbe Stunde verkürzter Arbeitszeit, jede Mark Lohnerhöhung fördert die Volksgesundheit mehr, als alle frommen Wünsche der „mitleidigen“ — „Brotverteurer“, die trotzdem bei jeder Lohnbewegung der Arbeiter nach — der Polizei rufen!

Die Gewerkschaftsbewegung hat deshalb mit Erfolg den Kampf gegen den Würgeengel Tuberkulose aufgenommen und wird ihn desto energischer und erfolgreicher durchführen können, je mehr Mitstreiter sich ihr begeistert anschließen!

Bericht des 7. Gau (Vorort Köln)

für die Zeit vom 1. Juni bis 31. Dezember 1906.

Schon seit Jahren waren in Rheinland und Westfalen die Organisationsfortschritte für den Verband nicht so, wie sie hätten sein sollen. Die Ursachen waren hauptsächlich darin zu suchen, weil einestheils die Gauleitung versagte, andernteils auch die Agitation nur Sonntags betrieben werden konnte. Um nun die Organisationsverhältnisse zu verbessern und die Agitation mehr auszubreiten, beschloß der Verbandstag zu Nürnberg, einen besoldeten Gauleiter anzustellen.

Bei Übernahme der Gauleitung am 1. Juni waren folgende Zahlstellen vorhanden: Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf I und II, Elberfeld, Essen, Gießen, Köln I und II, Krefeld, Marburg, München-Gladbach, Münster, Rütthen, Trier, Wehlar, Würges und Willmar. In der Steinindustrie waren in den Zahlstellen insgesamt beschäftigt 1504 Kollegen, organisiert 642. Der 7. Gau hat eine sehr große Steinindustrie. Die Vorbedingungen, um dem Verbandsausbreitung zu geben, sind vorhanden.

Im Gau kommen für die Agitation und Organisation hauptsächlich folgende Bruchgebiete in Betracht: 1. die Eifel, 2. die Steinindustrie in Luxemburg, 3. die Basaltindustrie zu Mähen, 4. die Marmorindustrie des Lahntales, 5. die Basalt- und Trachytindustrie des Westerwaldes, Lendorf und Beieren bei Gießen, 6. die Pflastersteinindustrie zu Engelskirchen, Runderoth und Gummersbach (Rheinland), 7. das Ruhrsandsteingebiet, 8. die Dolomitindustrie von Anröchte in Westfalen, 9. die Sandsteinindustrie zu Rütthen und Wrezen, 10. die Sandsteinindustrie zu Baumberge bei Münster in Westfalen. In den Bruchdistrikten sind zirka 11000 Kollegen in der Steinindustrie beschäftigt.

Die Kollegen in den Städten sind bei der Zahl nicht mit einbezogen. Insgesamt dürfte die Zahl von 13—14000 Berufsangehörigen im Gau Köln vorhanden sein. Die Bruchdistrikte verteilen sich nun auf einen sehr großen Flächenraum. Mein Agitationsplan war nun folgender. Zunächst besuchte ich die einzelnen Zahlstellen im Gau, um mit den Kollegen bekannt zu werden, und mich über die Verhältnisse im Gaubereich aufzuklären. Ebenfalls suchte ich Verbindung mit den Gauleitern der andern Berufe, um sich gegenseitig in der Agitation zu unterstützen. Soweit Gewerkschaftskartelle für die Agitation in Frage kommen, habe ich mit den Kartellvorständen über die Agitation Rücksprache genommen. Um eine Aussprache über die nun zu entfaltende Agitation in den Städten und Bruchgebieten herbeizuführen, fand eine Gauleitung am 29. Juli in Köln statt. Nachdem ich den Delegierten meinen Agitationsplan mitgeteilt hatte, wurde beschlossen, in den einzelnen Bruchdistrikten Distriktagitationen zu wählen, um dem Gauleiter bei der Agitation in den Vorarbeiten behilflich zu sein. Es wurden Kommissionen eingesetzt für das Ruhrsandsteingebiet nach Dortmund, für die Eifel und Luxemburg nach Trier, für die Dolomitindustrie Anröchte und Umgegend nach Rütthen und für die Pflastersteinindustrie des Nahetals nach Kirn.

Die vorgenannten Agitationskommissionen haben mir in den Vorarbeiten zu den Agitationen viel genützt. Des weiteren beschloß die Gauleitung einheitliche Kontrollkarten zwecks Legitimation an den Bauten einzuführen. Dieselben haben sich gut bewährt. Der Gaubeitrag wurde pro verkaufte Beitragsmarke auf 1 Pfg. festgesetzt. Um die Agitation an den einzelnen Orten und die Beitragszahlung besser zu gestalten, sind die größeren Zahlstellen verpflichtet, Hilfskassierer für das Eintassieren der Beiträge zu wählen laut Konferenzbeschluss. Diesen Beschluß haben die größeren Zahlstellen jetzt alle durchgeführt mit sehr gutem Erfolge. (Die Zahlstelle Köln I hat fünf Sonntagskassierer, von 100 Beschäftigten sind 92 organisiert, und kein Kollege ist mit seinen Beiträgen im Rückstande.) In den einzelnen Zahlstellen sind Briefordner beschafft worden, dadurch ist auch Ordnung in den Briefen und Akten der einzelnen Zahlstellen vorhanden. Die Frage betreffend Einführung des Arbeitsnachweises wurde gründlich beraten, um ein **Arbeitsnachweis mit dem Sitze in Köln errichtet.**

Einige andre größere Zahlstellen im Gau wollen in diesem Jahre der Errichtung von Arbeitsnachweisen näher treten.

Am 1. Juli traten die erhöhten Beiträge in Kraft; kein einziges Mitglied ist wegen den höheren Beiträgen ausgestreut.

Im Gegenteil, die Kollegen in einzelnen Filialen haben noch den Beitrag erhöht, damit auch die Ortskasse gestärkt wird, es zählen zum Beispiel die Zahlstellen Krefeld pro Woche 75 Pfg., Köln I und Dortmund 70 Pfg., Düsseldorf I 65 Pfg. Beitrag. Die Krankengeldzuschüsse sind von den Kollegen mit Freuden begrüßt worden. Die Befürchtung einzelner Delegierten auf dem Verbandstage, die Kollegen würden den höheren Beitrag nicht zahlen, hat sich im Gau Köln nicht bewahrheitet.

Dem Kassieren und Führung der Bücher widmete ich ebenfalls meine Aufmerksamkeit. Mit Freuden ist zu konstatieren, daß die Kassierer in den einzelnen Filialen meinen Anregungen Folge leisteten.

Von Anfang meiner Tätigkeit an war es mir klar, daß die Agitation im Gau schwierig war, denn es ist wohl allen Kollegen bekannt, daß die christliche Bewegung im Rheinland und Westfalen ihre Hochburg hat. Zunächst war es notwendig, Adressen zu bekommen, soweit es möglich war, wurde ich von den organisierten Kollegen damit nicht im Stiche gelassen. In den einzelnen Bruchdistrikten suchte ich nun die Kollegen persönlich auf, wenn es auch nicht sofort gelang, dort gleich in dem betr. Orte eine Zahlstelle zu gründen, so darf man doch bezweigen den Mut nicht verlieren, denn auf den ersten Stieb fällt kein Baum. In den Bruchdistrikten ist ein Teil der Kollegen christlich organisiert. Die christliche Bewegung ist uns in diesen Gegenden um mindestens 6 bis 8 Jahre zuborgekommen. In Betracht kommen zwei christliche Richtungen, die christlichen Gewerkschaften und die christlichen Fachabteilungen, Berliner Richtung. Die letzteren werden sehr von dem Bischof **Rorum** zu Trier protegiert.

Nach den Informationen, die mir zugegangen sind, dürften beide Richtungen zirka 1500 Kollegen in ihren Verbänden haben. Im Mayener Gebiet, wo ca. 4000 Kollegen in der Basaltindustrie beschäftigt sind, hat sich vor 2 Jahren eine Lokalvereinigung gebildet, die ca. 1500 Mitglieder zählt. Der Beitrag beträgt zur Vereinigung pro 14 Tage 25 Pfg.

In den meisten Bruchgebieten ist kein Tarif vorhanden, die Bezahlung ist vielfach eine willkürliche, größtenteils wilder Afford. Nur in Mähen ist es der Vereinigung möglich gewesen, einen Affordtarif durchzudrücken, der im kommenden Jahre, wenn möglich, verbessert werden soll.

Ueber die Durchführung der Bundesratsverordnung im Gau ist schon an anderer Stelle im Fachblatt eingehend ausgeführt worden.

Flugblätter wurden im Gau ca. 3000, Steinarbeiter zirka 1500 verteilt. Eine größere Anzahl Steinarbeiter wurden allmählich gleich von der Expedition aus an die angegebenen Adressen besorgt. Das Fachorgan wurde, abgesehen von zwei Orten, immer gut aufgenommen; es hat mir wesentliche Dienste in der Agitation geleistet.

Öffentliche oder Mitgliederversammlungen fanden statt, mit Vorträgen 84. In 2 Versammlungen hat mich Kollege Dunkel-Köln, und in je einer Kollege Werner-Elberfeld und Genosse Schulte-Köln (italienischer Referent) entlastet.

Besprechungen mit den Kollegen in den Bruchdistrikten, Eingreifen und Unterhandeln bei Lohnbewegungen, bei Sperrern und Maßregelungen fanden 32 statt. Neugegründet wurden folgende Zahlstellen: Hollendorf, Luxemburg, Kirn a. d. Nahe, Simmern, Coblentz, Brohl, Mählsheim-Broich, Hamm, Herbede und Schüren bei Ahrstedt.

In den neugegründeten Zahlstellen sind insgesamt 274 Kollegen eingetreten.

Seit 1. Juli sind in den andern Zahlstellen des Gau eingetreten 245 Kollegen. Gesamtzahl der eingetretenen Kollegen seit 1. Juli 519.

An die Hauptkasse wurde seit 1. Juli für Beitragsmarken, Eintritt und Erwerbslosenmarken usw. eingesandt 8342.20 Mk. Sämtliche neugegründeten Zahlstellen gehören mit einer Ausnahme der 1. Beitragsklasse an.

Von den 10 neugegründeten Zahlstellen haben sich aufgelöst Hollendorf und Simmern im Nahetal. Die Zahlstelle Hollendorf wurde durch den dortigen Pfarrer nach 14 tägigem Bestand vernichtet, aber den Zweck, den er verfolgte, eine Zahlstelle der Christlichen zu errichten, hat er nicht erreicht. In Simmern waren ähnliche Verhältnisse daran schuld, daß die Zahlstelle sich auflöste. Auch in Kirn a. d. Nahe versuchten die Christlichen eine Zahlstelle zu gründen, jedoch ohne Erfolg. Um nun die uns noch fernstehenden Kollegen von dem Verbands fernzuhalten, wurde eine Zahlstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland gegründet, dem auch eine größere Anzahl Steinbrucharbeiter beigetreten sind. Des weiteren ist es für die Agitation sehr erschwerend in den Bruchgebieten, daß uns die Lokale abgetrieben werden. Die Wirte und die Kollegen sind meistens der falschen Meinung, wir wollten die Religion zerstören usw. Diese Ansicht ist völlig irrig, wir verfolgen innerhalb des Verbands die Ziele, nur wirtschaftliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Wie überall in Deutschland, so versuchen auch die Polizei und Meister es mit Maßregelungen der einzelnen führenden Kollegen, um die neugegründeten Zahlstellen wieder zu vernichten. So wurde in Brohl der Gesamtvorstand entlassen. Eines der Vorstandsmitglieder arbeitete bei der Firma Holzmann u. Co. Es ist bedauerlich, daß bei einer solchen Firma, die für sich das Recht in Anspruch nimmt, sich im Arbeitgeberverband zu organisieren, den Arbeitern nicht erlaubt, sich des gesetzlich gewährleisteten Rechts, ihr Lohn- und Arbeitsverhältnis zu verbessern, zu bedienen. Ob die Maßregelung auf Befehl der Hauptzentrale zu Frankfurt a. M. oder ob die Steinmetzabteilung Brohl auf eigene Faust diese vorgenommen hat, können wir nicht entscheiden. Lohnbewegungen fanden seit 1. Juni in den Zahlstellen Essen, Düsseldorf I, Duisburg, Krefeld, Wehlar, Rütthen und Barmen (Firma Stang) statt.

Ohne Streit wurden erledigt Essen, Duisburg und Wehlar. Der Streit in Düsseldorf dauerte drei Tage, in Rütthen und Barmen zwei Tage und in Krefeld 20 Tage. In allen Zahlstellen, wo eine Lohnbewegung stattgefunden hatte, wurde ein Tarif abgeschlossen. Ueber die einzelnen Tarifabschlüsse sind die Kollegen durch das Fachblatt unterrichtet. Die Kosten der Streiks waren: Zentrale 158.15 Mk., Ortskasse 331.20 Mk., in Summa 489.35 Mk.

Der Einkauf von Postgegenständen betrug 260 Briefe, 194 Postkarten, 71 Pakete und Drucksachen, 2 Eilbriefe und 6 Telegramme. Der Ausgang seit 1. Juni bis 31. Dezember 309 Briefe, 237 Postkarten, 94 Drucksachen, 5 Einschreibebriefe und 7 Telegramme. Außerdem wurden zwei Unfallsachen behandelt und verschiedene Rundschreiben und Fragebogen an die Zahlstellen versandt.

Auf Anregung des Hauptverbandes fand mit der Bildungszentrale eine Sitzung statt wegen Regelung von Grenzfreitigkeiten. Es wurden nach erfolgter Aussprache Kommissionen gebildet, die bei Grenzfreitigkeiten zwischen den beiden Verbänden vermittelnd eingreifen haben.

Im verflorenen Halbjahre haben in einzelnen Zahlstellen Platzsperrern stattgefunden. Wie den Kollegen durch das Fachblatt bekannt sein dürfte, war auch die Werkhütte für die Renovierungsarbeiten am Kölner Dom längere Zeit gesperrt. Der Grund war, weil der Dombaumeister nicht nach dem Kölner Tarif bezahlen wollte. Er wollte nur einen Anfangslohn von 4.50 Mk. pro Tag bezahlen, außerdem sollte der Steinmetz ein Zeugnis der Polizei, Lehrbrief, Zeugnisse von früheren Arbeitgebern usw. vorlegen. Ob auch noch der Nachweis über

die eheliche Geburt, der Impfschein und ein Gesundheitsattest von den einzustellenden Steinmetzen verlangt wird? Möglich wäre es immerhin! Der Minimallohn für Steinmetzen beträgt für Köln laut Tarif 5.25 Mk. pro Tag bei neunstündiger Arbeitszeit. Nach dreimonatiger Dauer wurde die Sperre vorläufig aufgehoben, es war dem Dombaumeister in dieser Zeit gelungen, sechs arbeitswillige Steinbauer heranzulocken. Es ist als sicher anzunehmen, daß nur Hunger die Betroffenen veranlaßt hat, den Kölner Steinmetzen den Kampf um die Anerkennung des Tarifs seitens des Dombaumeisters zu erschweren. Organisiert war keiner von den arbeitswilligen. Da die Renovationsarbeiten voraussichtlich acht bis zehn Jahre dauern werden, und im Frühjahr mindestens 40 bis 50 Steinmetzen eingestellt werden dürften, werden ja die Kölner Steinmetzen genötigt sein, noch weiter Stellung zu der ganzen Angelegenheit zu nehmen.

Kassenbericht.	
Einnahme.	
Von dem Hauptkassierer erhalten	2700.— Mk.
Ausgabe.	
Gehalt für sieben Monate à 150 Mk.	1050.— Mk.
Wohnungsgeldzuschuß	50.— "
Fahrtgeld für Agitationstouren	489.75 "
Speisen für Agitationstouren	591.50 "
Umzug der Familie mit Fahrtgeld (6 Personen)	288.20 "
Unterstützungsvereinigung	24.— "
Bücher (Gesetzbücher)	14.— "
Laufzettel (3000 Stück)	9.70 "
Porto, Briefordner, Papier usw.	79.90 "
Summa: 2545.05 Mk.	
Bilanz.	
Einnahme	2700.— Mk.
Ausgabe	2545.10 "
Kassenbestand am 1. Januar:	154.90 Mk.

Revidiert und für richtig befunden.
Köln, den 1. Januar 1907.

Die Revisoren: G. David, Johann Einig.
Die Fluktuation ist im Gau noch ziemlich groß. In den 26 Zahlstellen, die im Gau am 1. Januar 1907 vorhanden waren, sind insgesamt laut Fragebogen 981 Kollegen organisiert. Die Zahl der Organisierten wäre höher, aber durch die Arbeitslosigkeit sind die Kollegen gezwungen von Ort zu Ort zu reisen. Von der Zahlstelle Rütthen ist noch mitzuteilen, daß dort nur noch sechs Mitglieder vorhanden sind. Der Grund ist der, weil ein Teil der christlich organisierten Kollegen, die in Anröchte wegen Zugehörigkeit zum Verbands von den Unternehmern ausgesperrt wurden, in Rütthen in Arbeit traten, ohne daß die Firma diesen Kollegen den Lohn nach dem vereinbarten Tarif auszahlt. Wie mir noch mitgeteilt wird, soll bei einer Firma der Betrieb im Winter stillgelegt werden. Die Zahlstelle Rütthen hatte im Sommer 70 Mitglieder.

Dies wäre im wesentlichen der Bericht der Gauleitung seit 1. Juni bis 31. Dezember 1906.

Es gilt nun im kommenden Jahre mit aller Kraft in die Agitation einzutreten, damit die noch fernstehenden Kollegen zum Verbands kommen; die Aussichten für das kommende Jahr sind gut, wenn die Kollegen mich wie bisher so weiter in der Agitation unterstützen, werden wir nächstes Jahr ein erfreuliches Resultat verzeichnen können. Es gilt nun vorerst, die neugegründeten Zahlstellen auszubauen, die Kleinagitation in den Zahlstellen muß noch intensiver betrieben werden, damit auch dem beschränktesten Kollegen klar wird, daß er nur im Deutschen Steinarbeiterverband eine richtige Stütze findet, um Lohn- und Arbeitsverhältnis erträglicher zu gestalten. Auf die Notwendigkeit der Statistik ist in allen Versammlungen hinzuweisen, in den Bruchgebieten ist die Frage zu erwägen, Bezirksgewerbeämter durch die Behörden errichten zu lassen, und Wohngebiete sind soweit als möglich zusammenzustellen. Diese Aufgaben können aber nur dann gelöst werden, wenn alle Kollegen sich freudig der Agitation widmen.

Köln, im Januar 1907.
Adolf Herrmann, Gauleiter.

Ein paar Zahlen zum Merken.

ssc. Ihre Kolonien kosteten bis jetzt jeden Einwohner des Deutschen Reiches 27 Mk.

Sie brachten ein ???
Unsre Ausgaben für Heer und Flotte belaufen sich im Jahre 1907 auf 1088 Millionen Mark. Das macht im Durchschnitt auf die fünfköpfige Familie 88 Mark.

Die zur Deckung dieser Ausgaben hauptsächlich verwandten Zölle und Verbrauchsabgaben werden im laufenden Jahre 967 Millionen Mark einbringen.

Da diese „indirekten Steuern“ den Armen in gleicher Höhe treffen wie den Reichen, so belasten sie die fünfköpfige Familie jährlich mit etwa 78 Mark.

An Getreidezöllen allein hat jede Familie im Durchschnitt jährlich 12 Mark aufzubringen.

Das Brot wird ihr jedoch verteuert durch die Getreidezölle (da auch die einheimischen Getreideproduzenten ihre Preise entsprechend erhöhen) um 50 Mark.

Die Salzsteuer trifft jede Familie mit 5.50 Mark jährlich.

Die gleichfalls in erster Linie für militärische Zwecke eingegangene Reichsschuld betrug am 1. April 1905 pro Kopf der Bevölkerung 56.82 Mark. Hierzu treten die Landesschulden in Höhe von 0 bis 852 Mark.

Das Pfund Rindfleisch, das im September 1906 in Deutschland infolge der hohen Eingangszölle und der Grenzsperrern einen Preis von 84 Pfg. hatte, kostete zur gleichen Zeit in Holland 68, in England 48 bis 55, in Rußland 38, in Nordamerika 42 und in Mexiko 30 Pfg.

Gegenüber im Jahre 1901 sind unsre einheimischen Fleischpreise gestiegen: für Rindfleisch um 10 Pfg. pro Pfund, für Schweinefleisch um 16 Pfg., für Kalbfleisch um 17 Pfg. und für Hammelfleisch um 12 Pfg.

Von 100 lebendgeborenen Kindern starben im ersten Jahre nach einer zwanzigjährigen Beobachtung in Erfurt: in den oberen Ständen 8,9, in den mittleren 17,3, den ärmeren 30,5 und von den unehelichen 35,2.

In Hamburg sterben jährlich an Tuberkulose von 10000 Lebenden: in den Familien mit 25000—50000 Mk. Einkommen 22,1 Prozent 900—1200 65,7

„Von den ca. 17 1/2 Millionen in gewerblichen und landwirtschaftlichen versicherungspflichtigen Betrieben beschäftigten Personen erlitten im Jahre 1904 538964 = 3 Prozent entfähigungspflichtige Unfälle.

Die Zahl der tödlichen Verunglückungen in dem genannten Jahre betrug 7924.

In Preußen hatten im Jahre 1905 20474257 Personen = 58 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen von nicht mehr als 900 Mk.

Dagegen hatten 9019 Personen = 0,02 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen von über 100000 Mk.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!